Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 182 18. Juni 1977
Redaktionsschluß Donnerstag 16 Uhr



D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Seite 1 : *Solidarität mit der Free Clinic Heidelberg / 2. Mediziner-Extrablatt zu Portugal / Erster Informationsdienst der Jungen Presse / Alternativfestival in Leverkusen / Alternativ-Fest in Kaiserslautern / "Echo" auf Fachhochschul-Streik in Darmstadt / Neue Fotos vom Bilderdienst*

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90



Am 14. Mai dieses Jahres - anlässlich der alliierten Militärparade auf der Straße des 17. Juni in Berlin - verschanzten sich am großen, von zahlreichen Hochhäusern umstellten Ernst-Reuter-Platz, wo die Militärs vorbeidefilierten, auf dem Dach eines 9stöckigen Hochhauses hinter einem Eternit-Reklameschild Scharfschützen und übten das Zielen auf Zuschauer. Die Scharfschützen trugen braune Ledernacken-uniformen, sind aber von der Polizei ausgebildete Sondereinheiten (MEK ?). Es mutet schon makaber an, vorbeirollenden Panzern der USA zuzuschauen, die ihren Einsatz in Vietnam und anderswo brutal genug unter Beweis gestellt haben, mit der Gewißheit, im Rücken von deutschen Scharfschützen anvisiert zu werden. (ID-Bild)

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

SOLIDARITÄT MIT DER FREE CLINIC

HEIDELBERG
13. Juni

Für die Heidelberger Free Clinic, die derzeit akut von der Kündigung durch die Stadt betroffen ist (siehe ID 179), ist Solidarität wichtig. Die Leute von der Free Clinic verschikken auf Anfrage Unterschriftenlisten, auf denen gegen die Kündigung protestiert werden kann.
In der letzten Zeit ist ein Video-Film entstanden, der die Arbeit der Free Clinic schildert. Er wird in Kürze fertiggestellt sein und ist zu erfragen bei:
Free Clinic Heidelberg, Brunnegasse 20-24, Office, 69 Heidelberg

AUTONOMIE IN PORTUGAL

FRANKFURT
14. Juni

Im zweiten Extrablatt, das die Portugal-Gruppe in der Frankfurter Gesundheitsgruppe jetzt veröffentlicht hat, werden in mehreren Erfahrungsberichten unter anderem die „Comuna popular" in dem Dorf Aveiras de Cima und die „Clinica popular" im Lissaboner Vorort Cova de Piedade vorgestellt.

Adresse: **Bernd Hontschik, Weberstraße 20, 6000 Frankfurt 1**

INFORMATIONSDIENST DER JUNGEN PRESSE

WESTBERLIN
15.Juni

Am 10.5.77 erschien in Westberlin die 1. Ausgabe eines neuen Informationsdienstes der Jungen Presse (IDJP) Berlin. Geplant ist ein 14-tägiger Erscheinungsmodus. Beteiligt sind Redakteure unterschiedlicher Jugendzeitungen.

Der Dienst will die Arbeit der jugendeigenen Zeitungen unterstützen und zu einer konsequenten Interessenvertretung der Jugendlichen beitragen. „Wir werden dabei vorrangig die Informationen geben, die die Zeitungsmacher über die etablierten bürgerlichen Medien nicht oder nur verfälscht erreichen. Nach Möglichkeit wollen wir die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen." Der Dienst ist hauptsächlich als Arbeitsmaterial für die Redaktionen gedacht.

Kontakt: Joachim Schmitt, Tannenbergallee 35, 1 Berlin 19

ALTERNATIVFESTIVAL IN LEVERKUSEN

LEVERKUSEN
15.Juni

Am 2./3.Juli findet hier in Leverkusen ein Alternativfestival statt. Auf dem Programm stehen neben zwei Theateraufführungen, vielen Rock + Jazz-Gruppen, Liedermachern, Schaubuden auch Informationen über die Leverkusener Situation.

Das Fest ist so organisiert, daß alle Leute aus Leverkusen daran beteiligt werden sollen. Fast hundert Leute beteiligen sich bisher an Organisation, Programm usw.
Wer Lust hat, nähere Informationen, Karten oder ähnliches zu bekommen, wende sich entweder an:

Haus der Jugend, In den Kämpen 16, 509 Leverkusen
oder an
Leverkusener Stadterreger, Burscheiderstr.40, 509 Leverkusen.

ALTERNATIV-FEST AM 24. JUNI

KAISERSLAUTERN
13. Juni

Die Vorbereitungsgruppe (etwa 10 bis 15 Leute) zu einem Alternativfest in Kaiserslautern läßt wissen:

Weil wir es leid sind, jedes Jahr im Sommer nur ein riesiges Saufgelage zu veranstalten und weil wir es ebenso leid sind, daß Politik immer nur ernst, Fest immer nur Saufen sein muß, wollen wir in diesem Jahr alles anders machen. Wir wollen ein fröhliches, schönes, politisches ... Fest feiern. Mit Spielen, Blödsinn, Gesang, Film, Agitation, Diskussion, na allem, was eben so dazugehört. Und wir (und damit meinen wir nicht uns als Veranstalter, sondern alle, die zum Fest kommen) wollen (fast) alles selber machen. Also keine großen Redner, die vorn am Mikro stehen und die andern totreden, sondern Diskussion, an der sich alle beteiligen können und sollen. Jede(r) ist willkommen und kann mitmachen. Beim Autobemalen, Sackhüpfen, Hochstapeln (besonders was für bürgerliche "Politiker"), Singen, AKW-Baustelle besetzen (wir suchen noch Freiwillige als Werkschutz) usw. oder so. Und das alles unter dem Motto: "DIE UNI MUSS WIEDER ZUR WIESE WERDEN!" am 24. Juni (6 Monate vor Weihnachten, 453 Jahre nach dem Beginn der Bauernkriege in ganz Deutschland und nicht zuletzt 25 Jahre nach dem ersten Erscheinen der ersten — na — der ersten Bildzeitung) ab 17 Uhr in, am und ums AVZ der Uni K-town/Ka(r)stadt/Kaiserslautern.

Falls noch Fragen übrig sind, unsere Kontaktadresse geht über den AStA der Uni Kaiserslautern, Pfaffenbergstr. 95.

PRESSE-ECHO

DARMSTADT
12. Juni

Von Fachhochschülern aus Darmstadt:

Während des Streiks an der Fachhochschule Darmstadt (ID 179, S. 17) durften die Studenten u.a. Erfahrungen mit der ortsansässigen Presse sammeln. Kommentare des Rektors wurden mit Handkuß abgedruckt, Einschätzungen der Studenten entweder totgeschwiegen oder verdreht. Die brutalen Polizeieinsätze wurden verharmlost und gerechtfertigt. Um gegen diese Informationspolitik zu protestieren, zogen am 1.6. im Anschluß an eine Vollversammlung ca. 300 Studenten zum "Darmstädter Echo" um mit der Re(d)aktion zu diskutieren und um den Abdruck einer zusammenfassenden Darstellung des Streiks durchzusetzen. Die Redaktion berief sich auf ihre Pressefreiheit und lehnte den unzensierten Abdruck ab. Auf diesem Hintergrund sahen sich die Studenten gezwungen, ihre Angelegenheit einer "Sondernummer Harmstädter Echo" (in Format und Aufmachung deutlich dem Darmstädter Echo verpflichtet) anzuvertrauen, die viele Darmstädter am 7.6. morgens mit dem Echo im Briefkasten fanden. Laut "Echo" vom 8.6. ließ die "Art der Darstellung" "jedoch erkennen, daß das "Darmstädter Echo" mit diesem Druckwerk nichts zu tun hat."

NEUE BILDER IM ID:

- **zur 2. Juni Demo Frankfurt zum 10. Todestag von Benno Ohnesorg**
- **Bilder über Aktionen (Fahrraddemo, Sommerfest) der Berliner Bürgerinitiative Westtangente**
- **Deutsche Scharfschützen übten das Zielen auf Zuschauer bei Ami-Militärparade am 14. Mai in Berlin**
- **Bilder vom Schnellen Brüter in Kalkar**
- **Frauenumzug durch die Frankfurter Uni**

Postschekkonto Bilderdienst: PSchKto Gerd Kever, Frankfurt Nr. 360 811–608

KÜHLTURM-BAUPLATZ IN GROHNDE BESETZT

HAMELN
15. Juni

Nachdem am Sonntag, dem 12. Juni, verlautete, daß mit dem Bau der Kühltürme für das KKW Grohnde begonnen werden sollte, obwohl das Genehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, besetzten in der Nacht von Sonntag auf Montag, 24.00 Uhr, 30 Leute den noch nicht eingezäunten Bauplatz. Teilgenommen und zur Besetzung aufgerufen hatten (nach Informationen des Hamelner Ermittlungsausschusses): Bürgerinitiative Hameln, Bürgeraktion gegen Atomanlagen Hameln, GAU Grohne, BI Bodenwerder, BI Pyrmont, WSL Pyrmont. Eine Wagenburg wurde gebaut, am Montagmorgen waren schon 150 Besetzer da, um 8.00 Uhr fand die erste Lagerversammlung statt und mittags war das Freundschaftshaus fertig gebaut. Die Polizei griff bis jetzt nicht ein.

Das Ganze sieht nach Ansicht der Leute vom Ermittlungsausschuß in Hameln nach Abwartetaktik aus: laut NDR-Nachrichten will die Preußen-Elektra eine einstweilige Verfügung gegen den Bau des Freundschaftshauses erwirken; ein Sprecher des Innenministeriums suchte die Aktion herunterzuspielen, indem er sagte, daß eine Baugenehmigung für das Kühlturmgelände eh erst im Spätsommer/Herbst zu erwarten sei. Außerdem sei versucht worden, die Aktion dadurch herunterzuspielen, daß in den Nachrichten von einem „Zeltlager" auf dem Kühlturmgelände die Rede war – von Besetzung keine Spur.

Täglich sind jetzt etwa 40 bis 50 Leute auf dem Platz. Es gibt Ansätze zur Unterstützung durch die Bevölkerung (Lebensmittel- und Wasserversorgung). Allerdings ist die Fluktuation unter den Besetzern groß: viele bleiben nur ein/zwei Tage da. Hausbesuche in der Umgebung werden organisiert und darüber Tagebücher geführt. Jeden Tag finden drei Lagerversammlungen statt, zu denen abends auch Bauern aus der Umgebung kommen Als Unterstützung brauchen die Besetzer zum einen Leute, die längerfristig dabeibleiben wollen und zum anderen Materialien: für den Bau von weiteren Häusern werden Werkzeug, Bauholz, Dachpappe, für Filmveranstaltungen u. ä. ein Generator benötigt. Außerdem Zelte und Öffentlichkeit über die Besetzung (Fotos, Filme etc.).

Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen sind dabei, für das Wochenende in Grohnde verschiedene Treffen zu organisieren. Die Besetzer rechnen mit etwa 1.000 Leuten. Die Besetzung soll solange aufrechterhalten werden, bis alle Forderungen erfüllt sind: endgültiger Baustopp und Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren wegen der Demonstration am 19. März. Inzwischen hat das Verwaltungsgericht in Hannover aufgrund der Klage einer in der Nähe des AKW-Geländes gelegenen pharmazeutischen Fabrik (Privatklagen wurden bisher abgewiesen!) einen vorläufigen Baustopp verhängt, der allerdings erst in zwei Monaten in Kraft tritt.

Spendenkonto: Ingrid Tondok, Konto-Nr. 105006852, Kreissparkasse Hameln/Pyrmont, Zweigstelle Grohnde

KEIN ATOMPROTZ IN NEUPOTZ

NEUPOTZ
13. Juni

In Neupotz in der Pfalz, etwa 15 Kilometer von Karlsruhe entfernt, soll ein weiteres Atomkraftwerk gebaut werden. Das atomrechtliche Verfahren steht noch aus, könnte aber im kommenden Winter abgeschlossen werden, da die Betreiber (RWE 75% und Pfalzwerke 25%) eine Kaufabsichtserklärung an ein Konsortium aus BBC und Babcock & Wilcox vergeben haben. Der BBC-Chef hofft, daß diese Erklärung bald in einen Auftrag verwandelt werden kann (so die Süddeutsche Zeitung vom 4.6.77). Der folgende Bericht stammt von der KKW-Nein Iniativgruppe Karlsruhe:

Bürgerinitiativen und Initiativgruppen gegen das KKW Neupotz (in der Ecke Karlsruhe/Landau) aus Rheinzabern, Bellheim, Landau, Bergzabern, Kuhardt, Rülzheim,Kandel und Karlsruhe, sowie zahlreiche KKW Gegner aus verschiedenen Orten der Südpfalz haben am Wochenende des 4. und 5. Juni eine Veranstaltung mit Fußballturnier, Kulturprogramm und Information durchgeführt. Aktueller Anlaß war die Vergabe des Planungsauftrages für das KKW an die BBC/BBR. Diese Veranstaltung planten wir auf einer abgemähten Wiese des geplanten Bauplatzes des KKW Neupotz.

Mit dem Schreiben vom 27.5. und 2.6.77 untersagte uns die Verbandsgemeindeverwaltung Jockgrim die Durchführung dieser Veranstaltung unter anderem mit der Begründung: "Die Veranstaltung stellt eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar." Diese Gefahr wird darin gesehen, daß das von Ihnen (den Veranstaltern) als Veranstaltungsort vorgesehene Gelände im Naturschutzgebiet 'Pfälzische Rheinauen' liegt ... "Als Ausweichplatz wurde der gemeindeeigene Ausweichsportplatz in Neupotz angeboten.

Wir führten die Veranstaltung trotz aller Hindernisse auf dem angebotenen Ausweichsportplatz durch. Sie wurde von ca. 150 bis 200 Personen besucht. Diese Veranstaltung ist als Auftakt für weitere geplante Aktionen zu sehen, die den Widerstand gegen das KKW Neupotz mobilisieren sollen.
Da auch wir uns für die Erhaltung der Naturschutzgebiete und der Rheinauen einsetzen, sehen wir uns durch die oben aufgeführte Begründung der Verbandsgemeindeverwaltung bestätigt, weiterhin gegen das geplante KKW in Neupotz zu arbeiten.

WIR SIND SICHER,DASS IN EINEM LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET, WO FUSSBALLSPIELEN VERBOTEN WIRD, KEIN KKW GEBAUT WERDEN DARF!

Kontakt: KKW-Nein Initiativgruppe Karlsruhe, Herbert Mayer, Postfach 2646, 75 Karlsruhe

---

Spendenaufruf für Bremer Drucker

Bremen
15.Juni

Die streikenden Drucker beim Weserkurir und bei den Bremer Nachrichten brauchen dringend Geld. Der Unternehmer hat die Mai- Gehälter nicht ausgezahlt und Streikgelder bekommen sie nicht. Also spendet mal.
Spendenkonto: BfG Bremen 1093909000

BÜRGERINITIATIVEN SOLLEN AUSGEHÖRT WERDEN

BIELEFELD
13. Juni

Der Arbeitskreis Umwelt in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Bielefeld hat einen offenen Brief verfaßt, in dem er aufruft, einen Fragebogen des Instituts für Zukunftsforschung nicht zu beantworten. Wir veröffentlichen Auszüge:

„An alle Umweltschutz-Bürgerintiativen: Vorsicht! Bürgerinitiativen werden befragt! In den letzten Wochen sind vom ‚Institut für Zukunftsforschung' (IfZ, Berlin) an ca. 2000 Umweltschutzbürgerinitiativen Fragebögen verschickt worden, mit detaillierten Fragen über „Arbeitsweise und Organisation der Bürgerinitiativen". Vor dem Ausfüllen dieses und anderer Fragebögen wollen wir alle Bürgerinitiativen dringend warnen! Wir wissen nicht , ob sich jede BI darüber im klaren ist, von wem die Studie in Auftrag gegeben wurde, was sie für uns bedeutet, bzw. wie sie der Arbeit aller BI's schaden kann.

Wie aus dem Vorwort der Fragebögen zu entnehmen ist, wird die Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführt. Es soll eine gültige Bestandsaufnahme der Arbeitsweise und Organisation der BI's erarbeitet werden. Weiter steht im Vorwort des Fragebogens:„Gleichzeitig werden Modelle entwickelt, die eine effektivere Mitwirkung der BI's

im Bereich der Umweltpolitik ermöglichen." ‚Effektivere Mitwirkung', das klingt zunächst sehr verlockend. Es fragt sich jedoch, effektiv für wen? So haben wir herausgefunden, daß das genaue Thema der Studie etwas anders lautet. Im Forschungsauftrag des Umweltbundesamtes heißt es: „Bürgerinitiativen im Bereich des Umweltschutzes und Entwicklung von Modellen zu deren effektiverer Mitwirkung im Rahmen der Umweltpolitik der Bundesregierung"(!) — Was für ein interessanter Unterschied! Ziel der Studie ist also nicht effektivere Mitwirkung der BI's an den Entscheidungen, die sie betreffen (z.B. ob ein Atomkraftwerk gebaut wird oder nicht), sondern effektivere Mit(!)wirkung an der Umweltpolitik der Bundesregierung.

....

Welches Interesse hat dabei das Umweltbundesamt zum jetzigen Zeitpunkt an den Bürgerinitiativen? Wir haben mit vergangenen Untersuchungen bereits unsere Erfahrungen gemacht → 1975 erstellte das Frankfurter ‚Batelle-Institut' im Auftrag des BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technik) die Studie „Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken". Die Umfragen unter der Kaiserstühler Bevölkerung kamen genau zu dem Zeitpunkt, als klar wurde, daß der Widerstand gegen das AKW Wyhl nicht durch ‚Holzhammermethoden', wie sie Filbinger bis dahin betrieben hatte, zu beseitigen war. So wollte die Bundesregierung über die BI's wissen, wie groß und wie entschlossen der Widerstand gegen das AKW wirklich sei, welche KKW-Gegner was für Einstellungen haben, wann und aufgrund welcher Tatsachen bzw. Informationen und Argumente (z.B. Gerichtsurteile, Presseveröffentlichungen, ‚Verhandlungsangebote') sie ihre Einstellung ändern (denn darum geht es der Regierung!) usw. Auch am Kaiserstuhl versprach man den Bürgerinitiativen effektivere Mitwirkung. In Wirklichkeit wurden jedoch Strategien entwickelt, wie man den widerspenstigen Bürgern das Gefühl geben kann, an Entscheidungen (die sich dadurch nicht ändern!) beteiligt zu sein. ...

Wir fordern alle Betroffenen auf: Boykottiert alle Fragebögen! Schickt keinen einzigen zurück und gebt niemals leichtfertig Informationen weiter, die denen nützen, die uns verschaukeln wollen! Nach Auskünften des IfZ Berlin haben der BBU, der Bayrische Naturschutzring und die Gesellschaft für Lebensschutz sich dem IfZ zur Verfügung gestellt, die Fragebögen an andere Umweltschutzorganisationen weiterzuleiten. Dadurch genossen die Fragebögen bei manchen Gruppen vielleicht falsches Vertrauen! Wir haben diese Verbände angeschrieben, um sie auf die Gefährlichkeit ihres Vorgehens aufmerksam zu machen und sie um Stellungnahme zu bitten. ...

Bei unseren Erkundigungen über die Studie des IfZ haben wir noch heraus gefunden, daß außer den Fragebögen auch noch einige Intensivinterviews mit ausgewählten Bürgerinitiativen gemacht werden sollen. Da das Institut in Berlin liegt, kommen dafür Berliner Gruppen besonders infrage. Deshalb (besonders alle Berliner): Gebt keine Interviews, — auch nicht, wenn man noch so freundlich zu uns ist! ...

Informiert alle Umweltschutzbürgerinitiativen (nicht nur AKW-Gruppen) in eurer Region!
Umweltbewußte Grüße
Eure Arbeitsgruppe kritischer Sozialwissenschaftler im AK Umwelt."

Zur Zeit ist eine ausführliche Dokumentation über das Institut für Zukunftsforschung und dessen Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltamt in Arbeit. Genauere Informationen können, wenn möglich brieflich, beim Arbeitskreis Umwelt in der ESG Bielefeld, Jakob-Kaiser-Str. 2c, 4800 Bielefeld 1, erfragt werden. Telefon, aber nur wenns anders nicht geht: 0521/63442.

BAUT DIE KOHLE AB, NICHT DEN WALD!

MÜNSTER
13. Juni

Die Haard ist ein großes Waldgebiet zwischen Ruhrgebiet und Münsterland, nahe Haltern, und hat eine wichtige Funktion als „grüne Lunge" (Keuch,Keuch!) zur Filterung der versmogten Luft und als Erholungsgebiet.

Die Ruhrkohlen AG will nun die Kohle, die darunterliegt, abbauen. Da hat auch keiner was gegen, aber man kann das auch — wie ein Gutachten des „pro grün"-Vereins nachweist — vom Rande des Waldes her machen, sodaß die Bäume und die Arbeitsplätze unberührt bleiben.

Um auf die Gefahr für die Haard hinzuweisen, wenn die Ruhrkohle AG an ihrem Plan festhält, sich in den Wald vorzufressen, machen wir am 17. -19. Juni ein Waldfest mit Zeltlager auf einem für Probebohrungen abgeholzten Gelände in der Nähe des Jammertals bei Datteln-Ahsen, von wo aus wir voller Freude und Widerstand in die umliegenden Ortschaften ausschwärmen wollen.

Näheres: Arbeitskreis Umwelt Münster 0251/24100



EIN PFINGSTAUSFLUG ZUM SCHNELLEN TÖTER

KLEVE
12. Juni

Bericht von einem Ausflug Jugendlicher zum Schnellen Brüter nach Kalkar:

Wir waren vielleicht fünfzig Jugendliche (Lehrlinge, Schüler, Arbeitslose) von den Falken und hatten vor, Pfingstmontag ins ‚Informationszentrum' der Schnell-Brüter Kernkraftwerksgesellschaft mbH Essen auf dem Bauplatz des SCHNELLEN TÖTERS in Kalkar (bei Kleve) zu fahren.

Uns fiel schon 5 bis 10 km vor der KZ-Baustelle auf, daß eine Streife unsere Anfahrt sofort meldete. Am Baugelände angekommen, wollten wir auch rein. Das ‚Informationszentrum' sollte bis 17 Uhr offen haben und schloß für uns schon um 15 Uhr. Abgesehen davon, daß das Gelände für den GROSSEN WIND schon vorbereitet ist, versuchten die Pfingstbullen uns zu überprüfen und in ihrer Hektik zogen sie mit einem großen Lastwagen den Natostacheldraht-Reitersicherheitsgartenzaun zu und waren in der Klappe.

Sogar ein Hubschrauber wurde eingesetzt. Das war ihnen recht peinlich, sie guckten auf einmal recht blöd und wir hatten was zu lachen. Wir fingen an, Lieder zu singen und zu rufen und so langsam hielten Autos auf der Straße (Pfingstausflügler) und die Leute wurden neugierig. Zwei „älteren Herrschaften wurde Einlaß gewährt". Auf unser Fragen: „Wieso die und wir nicht? " meinte der Werkschutz: „Es kämen nur Leute rein, die friedliche Absichten hätten!" Einer von uns fand ein totes Kaninchen im Wassergraben (ist wohl ertrunken, weil es am Kunststoff nicht mehr hochkam). Wir begruben das Kaninchen vor dem großen ‚Zaun'. Auffallend war die ‚Freundlichkeit' der Polizei, die uns bei der Abfahrt bis zum Verlassen der ersten Bannmeile (Kurs etwa 5-15 km) begleitete.

Trotz unseres Ausflugs wird zwar der Schnelle Töter weitergebaut. Aber wir sind fast alles Leute, die noch nie an so einem Bauplatz waren und fanden das sehr beeindruckend und werden in unseren Städten weitermachen und sagen: Fahrt hin zum Bauplatz, schaut euch das Gelände an, auch und gerade wegen:

Großkundgebung am Bauplatz am 24. September 77.

Es entstand folgendes Lied (frei nach Marmor-Stein und Eisen bricht ...)

„KERNKRAFTWERK UND STOLTENBERG BRICHT"

Kernkraftwerk und Stoltenberg bricht, aber unser Widerstand nicht. Alles, alles geht vorbei, doch Strahlen bleiben uns treu.

1. Das Kapital hat viele Hüter, es baut am liebsten Schnelle Brüter. Und der Staat hilft ihm dabei, er schickt die grüne Polizei.
2. In Brokdorf und am Niederrhein war den Bossen der Profit zu klein. Drum baun sie jetzt Kernkraftwerke und pfeifen auf die Strahlenstärke.
3. In Brokdorf ham (haben) wir aufgemuckt, dem Kapital ins Bier gespuckt, hier und da im ganzen Land wächst jetzt unser Widerstand.

Aufkleber mit der Inschrift: „Weg mit dem Todesbrüter – Stop Kalkar" gibt es bei der „Initiative Stop Kalkar", Haus am Damm, 4190 Kleve, Kto. Volksbank Kleve Nr. 700008, Stück 1 Mark, 50 Stück 40 Mark gegen Vorkasse.

PROZESS GEGEN AKW-GEGNER: ITZEHOE SPIELT UNS WAS VOR

ITZEHOE
7. Juni

Von einem Mitglied der Westküstenkonferenz/Schleswig-Holstein erhielten wir folgenden Bericht über den zweiten Verhandlungstag im Prozeß gegen Kai Ehlers:

Am 6.6.77 ging der Prozeß gegen Kai Ehlers vor dem Amtsgericht Itzehoe weiter. Das Gesetzmäßige dieses Prozesses war weniger dessen Verlauf als vielmehr das Planspiel, nach dem in der Bundesrepublik gegen politische Störer vorgegangen wird. Eben deshalb ist es bedauerlich, daß nur wenig Öffentlichkeit zu den Toren des Amtsgerichts gelaufen kam. Dort stand einer vor Gericht, der mit Tausenden zusammen in Brokdorf am 30.10.76 demonstriert und über die dortigen Vorgänge berichtet hat – dem Polizeibeamten Fleischfresser auf nicht genehme Art. Vor den abgeriegelten Gerichtstoren zeigten nur 50 bis kurzzeitig 100 Personen ihre Solidarität mit dem Angeklagten.

Jürgen Fleischfresser (52) wurde zu diesem 2. Verhandlungstag als Zeuge geladen. Er war am 30. 10. 1976 Vorgesetzter der Polizeibeamten und des NWK-Wachpersonals, die den AKW-Bauplatz in Brokdorf mit Schlagstockeinsatz und chemical mace von den Demonstranten räumten. Dieses Vorgehen hatte der Angeklagte in einem Flugblatt mit dem für Fleischfresser beleidigenden Begriff „Bulle" und mit „in brutaler Weise" beschrieben. Persönlich war der Zeuge durch diesen Inhalt sicherlich nicht allzu niedergeschlagen, jedoch erhielt er zuvor vom ermittelnden Staatsanwalt ein Schreiben, in dem er nach eigenen Worten „gebeten wurde, zu prüfen" ob der besagte Inhalt des Flugblattes ihn nicht zu einer Strafanzeige gegen Kai Ehlers veranlassen könnte.

Während der Verhandlung konnte nicht geklärt werden, ob der Strafantragsteller überhaupt zum Zeitpunkt der Tat Dienstvorgesetzter der „aktiven" Polizisten war, deren Vorgehen im Flugblatt beschrieben wurde. Die Verteidigung konnte vielmehr einen schriftlichen Vermerk des Staatsanwaltes Tiskatis vorlegen, aus dem hervorging, daß Polizeibeamte aus Eutin und Hamburg die Räumung des Bauplatzes vornahmen. Diese beiden Hundertschaften unterstanden Fleischfresser zum Zeitpunkt der Tat jedoch nicht mehr.

Weniger selbstsicher zeigte sich der Richter. Obwohl er am vorhergehenden Verhandlungstag erlaubte, Aussagen von Zeugen mit deren Einverständnis auf Tonträger aufzunehmen, galt dies nun für Fleischfressers Worte nicht mehr.

Sicherlich wurde der Auftritt des Oberstaatsanwaltes nicht nach deutschen Regeln des Anstandes behandelt. Nachdem er wortlos in die Verhandlung platzte, erfuhr die Verteidigung erst nach etlichen Fragen vom Richter, um wen es sich handele. Trotz beharrlichem Weiterforschen verwehrte der Richter der Verteidigung die Antwort, ob die Amtsperson als Zuschauer, Zeuge oder Oberstaatsanwalt dem Prozeß beiwohnen wolle.

Nicht nur die Zuschauer empfanden das Gericht in Selbstherrlichkeit gehüllt. In emotionsgeladenen Sätzen bezichtigte die Verteidigung den Richter als Inquisitor, der seine Beschlüsse mehr nach dem herrschenden Gesetz ausrichten soll.

Als Verhandlungsergebnis wurde beschlosssen und verkündet: es muß noch ermittelt werden, ob an der Räumung des AKW-Bauplatzes Polizeibeamten beteiligt waren, die zum Zeitpunkt der Tat dem Polizeibeamten Fleischfresser unterstellt waren.

Da das Flugblatt in Hamburg gedruckt und dort zuerst verbreitet wurde, brachte die Verteidigung als letzten Antrag ein, das Verfahren einzustellen, da nicht Itzehoe, sondern das Amtsgericht Hamburg zuständig sei. Die Auseinandersetzung darüber beendete der Richter nach längerem Wortgefecht mit der angezweifelten Behauptung, daß er die Verhandlung bereits geschlossen habe und demzufolge nicht mehr bereit sei, weiter über diesen Antrag zu verhandeln. Die Zuschauer quittierten dies mit kräftigem Gelächtern.

Nur gut, daß dem Prozeß lediglich 30 Personen auf den Zuhörerbänken beiwohnen durften. Andernfalls würden noch mehr Bürger in unserem Staat den Glauben an die hiesige Rechtsprechung verlieren.

POLIZEIÜBERFALL AUF FEUERWACHE IN KREUZBERG

BERLIN
15. Juni

Am 14. Juni 77 früh um 4. 30 Uhr überfiel ein 350 Mann starkes Aufgebot der Polizei die von 21 Bürgern besetzte Feuerwache in Berlin Kreuzberg (siehe ID 178). Der Sturmtrupp (voran die Berlinausgabe des MEK, hier SEK) war ausgerüstet mit Handfeuerwaffen, Gummiknüppeln und Schilden sowie Einbruchswerkzeugen wie Trennscheiben, Schneidbrennern, Vorschlaghämmern. Die Besetzer leisteten keinen Widerstand. Nach Aussagen von Anwohnern wurden dennoch einige Besetzer und Passanten verprügelt. Der Polizeieinsatz kam Stunden bevor über eine abhängige Klage beim Oberverwaltungsgericht entschieden werden sollte. Der zuständige vorsitzende Richter (laut ‚Berliner Tagesspiegel): „Dies ist auf dem baurechtlichen Sektor bisher einmalig in Berlin. In Zukunft werden wir davon ausgehen, daß wir dem Bezirksamt Kreuzberg nicht mehr trauen können. Wir werden künftig zusehen, daß vor einer Entscheidung keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden."

Die Bürgerinitiative Kreuzberg wollte die alte Wache zu einem Bürgerzentrum machen, in das die Baupläne des Bezirksamts hätten integriert werden können. Auf Vorschläge in dieser Richtung ging die Verwaltung nicht ein.

LANDGERICHTSBESCHLUSS: NEBENEINANDERSITZEN BEI KNASTBESUCH ERLAUBT

FRANKFURT 13. Juni *Uns ist jetzt ein Beschluß des Landgerichts Frankfurt zugegangen, der gerade im Hinblick auf die geplante Einführung von Glastrennscheiben in Besuchszellen der JVA Preungesheim wichtig ist.*

„In der Strafsache gegen ... wird dem Antrag der Untersuchungsgefangenen ... vom 19. 3. 1977, bei Besuchen beim Untersuchungshäftling ... in der JVA I Ffm. neben ihm sitzen zu dürfen, stattgegeben. **Gründe:** Die Untersuchungsgefangene ... hat seit dem 21. 1. 1977 eine Dauererlaubnis zum Besuch ihres Verlobten ..., Untersuchungshäftling in der JVA I Ffm. Mit dem als Beschwerde bezeichneten Schreiben vom 19. 3. 1977 beantragt sie, bei den Besuchen, die sonst in der JVA III Ffm. abgehalten wurden, wie bisher neben ihrem Verlobten sitzen zu dürfen, nicht, wie in der JVA I vorgeschrieben, ihm gegenüber an einem Tisch mit einem Bediensteten in der Mitte. Der Leiter der JVA I hat in einer Stellungnahme dazu vom 15. 4. 1977 lediglich ausgeführt, die Besuche der Gefangenen der JVA I und III untereinander würden seit geraumer Zeit aus Sicherheitsgründen in der JVA I und in der Art und Weise durchgeführt, und diese Sicherheitsgründe trotz ausdrücklicher Aufforderung des Gerichts nicht näher dargelegt. Unter diesen Umständen war dem als „Beschwerde" bezeichneten Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen eine Beschränkung des Besuchsrechts der Untersuchungsgefangenen gem. § 119 Abs. III StPO stattzugeben. Nach dieser Vorschrift sind dem Untersuchungshäftling nur solche Beschränkungen aufzuerlegen, die zur Sicherung des Zwecks der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängis notwendig sind. Die Auslegung hat zu berücksichtigen, daß ein Untersuchungsgefangener noch nicht verurteilt und deshalb nur unvermeidlichen Beschränkungen unterworfen ist (vgl. BVerfG DRiZ 1976, 216). Zu diesen unvermeidlichen Beschränkungen der persönlichen Freiheit gehört zwangsläufig aus der Tatsache des Freiheitsentzuges und der Unterbringung in eine JVA heraus, daß Besuche nur in begrenztem Umfang und mit den Einschränkungen und Überwachungsmaßnahmen zulässig sind, die sich aus der Vermeidung von Flucht- und Verdunklungsgefahr und einer konkreten Gefährdung der Ordnung in der Anstalt, sowie aus den nach der räumlichen und personellen Ausstattung der jeweiligen Haftanstalt bestehenden Möglichkeiten der Durchführung der Besuche ergeben. Im vorliegenden Fall spricht keiner der angeführten Gesichtspunkte dafür, der Untersuchungsgefangenen bei Besuchen ihres Verlobten das Nebeneinandersitzen nicht zu gestatten. Wie von der JVA I bestätigt, werden Besucher und Besuchte vor und nach jedem Besuch überwacht.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist nicht ersichtlich und vom Anstaltsleiter trotz ausdrücklicher Aufforderung nicht dargetan, inwiefern das Nebeneinandersetzen mit der personellen und räumlichen Ausstattung der JVA I nicht vereinbar sein sollte oder die Ordnung der Anstalt hierdurch konkret gefährdet werden könnte. Daß die Durchführung der Besuche in der JVA I sonst anders gehandhabt werden und ein möglicher Mißbrauch nicht völlig auszuschließen und undenkbar ist, reicht zur Auferlegung einer Beschränkung gegenüber einem Untersuchungshäftling nicht aus (vgl. BVerfG NJW 1973, 1363).
Dem Antrag war mithin stattzugeben.

Frankfurt/Main, den 4.5.1977
Landgericht — 15. Strafkammer."

ZUCHTHAUS WERL: WIDERSTAND WIRD KRIMINALISIERT

KÖLN 7. Juni *Am 1. 6. 1977 berichtete die Frankfurter Rundschau und verschiedene andere Tageszeitungen über eine Presseerklärung des NRW Justizministeriums vom 31. 5. 1977 zu einem angeblichen „Gefangenenaufstand" und einer „beabsichtigten Entführung eines Anstaltsbediensteten" in der JVA Werl. Dazu eine Presseerklärung der Knastgruppe Ossendorf:*

„Seit längerer Zeit bemühen sich Gefangene der JVA Werl sowie einige Leute draußen, darunter auch wir, die Öffentlichkeit über verheerende Umstände in der Anstalt, insbesondere auf der Psychiatriestation B I aufzuklären. Die Berichte darüber sind von uns in einer Broschüre zusammengestellt und den Medien und der Öffentlichkeit zugängig gemacht worden.

In der Presseerklärung vom 31. 5. 1977 wird behauptet, die Vorwürfe seien „sorgfältig geprüft" worden und an ihnen sei „nichts wahr". Dagegen heißt es im Untersuchungsbericht über die JVA Werl der Landtagsabgeordneten Elsbeth Rickers vom 10. 5. 1977 noch: „Es zeigt sich allerdings im Gespräch mit einzelnen Gefangenen, daß menschliche Härten und Ungerechtigkeiten ... nicht ausgeschlossen werden können. Auch die Tatsache, daß am Besuchstag sieben Arrestzellen belegt waren, spricht für die Vermutung, daß in Werl mit äußerster Härte durchgegriffen wird." (S. 53) Weiter heißt es: „Hinsichtlich der psychisch Gestörten, an denen der Behandlungsvollzug wirkungslos vorübergeht, müssen noch Lösungen gefunden werden." (S. 60)

Wie das in Werl aussieht, erklärte der Diplom-Psychologe und Oberregierungsrat Schoplich einem Gefangenen: „In B I (der Psychiatriestation) sind stark Verhaltensgestörte. Einige gehören gar nicht dahin. Die haben wir von Eickelborn (Landeskrankenhaus mit Abteilung für Straftäter). Da kostet ein Bett für den Landschaftsverband pro Tag bis zu 25,-- DM und mehr. Die sind hier auf dem toten Gleis ...", und das Justizministerium behauptet, hier würden „verhaltensauffällige Gefangene intensiv ärztlich und psychologisch betreut"!

Daß diese Behandlung und die Zustände in der JVA Werl bei den Gefangenen Unruhe auslöst, war dem Psychologen der Anstalt schon im Februar 1977 klar (Bericht des Landtagsabgeordneten). Die Gefangenen forderten die Abschaffung der Psychiatrie und Isolierstation B I und machten zweimal einen Hungerstreik (März, Mai 1977). Eine Demonstration vor dem Gefängnis fand statt. Der Gefangene Gerd Schulz aus Köln versuchte, mit einem vierwöchigen Hungerstreik die Aufhebung seiner über sechsmonatigen Isolation durchzusetzen.

Offensichtlich empfindet die Anstaltsleitung und das Justizministerium die Aufdeckung eines Skandals in der JVA Werl als so bedrohlich, daß sie versuchen, durch eine Kriminalisierung der Gefangenen und außenstehender Leute eine Aufklärung zu verhindern. Das Konstrukt von einem Gefangenenaufstand, von einem Ablenkungsmanöver, von einer Entführung (wohin eigentlich?), einem Rädelsführer (natürlich ein Terrorist) wird in keinem Punkt belegt. Es dient nur zur Diffamierung und Kriminalisierung der Gefangenen und ihrer Forderungen, zur Abschreckung anderer Gefangener und zum Vertuschen der wahren Zustände in der JVA Werl und zur Deckung der dafür Verantwortlichen.

Für uns als Knastgruppe Ossendorf gilt ähnliches wie für die Gefangenen: Mitglieder und deren Wohnungen werden tagelang offen und versteckt observiert. Zur Überwachung einer Wohnung wurde offensichtlich ein Zimmer in einer gegenüberliegenden Wohnung angemietet. Bei anderen Wohnungen standen Tag und Nacht Zivilie oder Einsatzwagen der Polizei. In einer

anderen Wohnung fand eine Hausdurchsuchung statt. Hier der Bericht eines Betroffenen:

'Am Vormittag des 23. 5. 1977 gegen 11.00 Uhr kamen drei Herren in Zivilkleidung, die zuvor von einem Mitbewohner ins Haus gelassen wurden, die Treppe in das oberste Stockwerk mit gezogener Pistole herauf. Einer der Herren kam zu mir ins Zimmer und richtete die Pistole auf mich und meine anwesende Freundin mit den Worten: „Polizei, stehen Sie bitte auf und ziehen sie sich an. Nehmen Sie langsam die Bettdecke weg, sie könnten eine Waffe darunter verborgen halten!" Auf meine Frage, was das sollte, wurde mir nur lapidar erklärt, man suche jemanden, auf die Frage nach Dienstausweis und Polizeimarke wies der Herr auf seine Pistole und sagte: „Das dürfte wohl reichen!" Nach mehrmaligen Anspielungen und beleidigenden Bemerkungen geschah dann folgendes: auf meine Frage, was das für eine Art der Behandlung wäre, Menschen mit einer Waffe zu bedrohen und nicht zu sagen warum, antwortete einer dieser Herren wörtlich: „Leute wie du müßten noch ganz anders behandelt werden."

Knastgruppe Ossendorf, Zülpicherstr. 197, 5000 Köln 1



WARUM MICHAEL EMPELL NICHT JURIST WERDEN DARF

MANNHEIM 14.Juni *Zu seinem laufenden Berufsverbotsverfahren hat Michael Empell uns folgende Mitteilung geschickt:*

Nachdem der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (Mannheim) bereits die Zwangsvollstrekkung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe, wonach ich in den juristischen Vorbereitungsdienst aufzunehmen war, eingestellt und er damit dem Urteil die praktische Durchsetzbarkeit genommen hatte (vgl. ID Nr. 178 vom 21.5.77), hat er nun das Urteil insgesamt – wie nicht anders zu erwarten – aufgehoben. Der Verwaltungsgerichtshof hat dabei allerdings – neben den alten Argumenten, wonach ich mich u.a. an der Organisierung eines Offenen Briefes gegen die Isolation Ulrike Meinhofs und Gudrun Ensslins im Toten Trakt in Köln-Ossendorf beteiligt und eine Broschüre zu den Verteidigerausschlüssen in den Verfahren gegen RAF-Mitglieder verfaßt habe, und deshalb Unterstützer der RAF sei – noch ein neues gefunden. Es lautet:

„Es muß ... davon ausgegangen werden, daß der Antragsteller nach wie vor bereit ist, verfassungsfeindliche Bestrebungen aktiv zu unterstützen. Hierfür würden sich ihm innerhalb des – wie immer gestalteten – juristischen Vorbereitungsdienstes zahlreiche Möglichkeiten bieten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß ein Referendar notwendigerweise weitgehend in den Gerichts- und Behördenbetrieb einbezogen werden muß, wobei er Zugang zu geheimen Beratungen, Akten und sicherheitsrelevanten Gegenständen (z.B. Ausweisvordrucken, Kfz-Papieren, Dienstsiegeln u.ä.) praktisch nur sehr begrenzt ferngehalten werden kann. Wenn der Antragsteller die Bereitschaft, sich verfassungsfeindlich zu betätigen, deren er verdächtig erscheint, nach wie vor besitzt, so würde er im Vorbereitungsdienst Mittel und Wege finden, diese Bereitschaft auch in die Tat umzusetzen."

Mit anderen Worten: ich bin Mitglied einer „terroristischen Vereinigung", das sich über den Vorbereitungsdienst in die Justiz einzuschleichen versucht, um Kfz–Papiere zu klauen. Dieser paranoide Unsinn läuft darauf hinaus, daß der Verwaltungsgerichtshof sich nicht nur weigert, meine Einstellung in den Vorbereitungsdienst anzuordnen, sondern darüberhinaus meine Bewerbung und den Versuch, sie auf dem Rechtsweg durchzusetzen, als kriminell qualifiziert.

SOLIDARITÄTSHUNGERSTREIK IN SCHWALMSTADT

Erklärung zum Hungerstreik von Peter Andrehs:

„Freitag, 3.6.77. Herbert Henrich wird unter fadenscheinigen Vorwänden per Einzeltransport von Kassel nach Schwalmstadt verschleppt. Hier angekommen, in einer der üblichen Sicherheitszellen (kleine ‚Fenster'-Öffnung, Rest Glasbausteine, dadurch wird fast ununterbrochen künstliches Licht benötigt, zu dem Gitter noch Maschendraht vor dem Fenster. Natürlich sind die Tisch- und Stuhlähnlichen Holzpritschen fest in der Wand verankert – siehe Butzbach usw.) verwahrt und isoliert.

Die erste Kontaktaufnahme: wir rufen uns während des Hofgangs ‚Begrüßungen' zu und versuchen, Herbert aufzumuntern. Heute, Montag, 6.6.77, ist Herbert noch isoliert – ohne Kommentar. 15.30 Uhr Hofgang beginnt. Wieder Begrüßung mit Herbert und Gespräche (die Grünen stehen daneben) , die hauptsächlich die Isolation durchbrechen sollen – so gut es eben geht! Kurz nach 16.00 Uhr wird die fensterähnliche Öffnung bei Herbert verschlossen – „auf Anordnung des Anstaltsleiters (Schäfer)".

Über die Folgen andauernder Isolation müßte mittlerweile jeder informiert sein – wir haben sie entweder an uns selbst erfahren oder mußten zusehen, wie Mitgefangene in dieser Art gefoltert wurden/werden. Wir wollen nicht mehr zusehen. Als Ausdruck des ersten Protests gegen die versuchte Vernichtung an Herbert (siehe dazu auch ‚seine' letzten Knastjahre ID 174) bin ich ab Dienstag, 7.6.77 bis einschließlich Freitag, 10.6.77 in einem vorläufig auf drei Tage beschränkten Hungerstreik!

Die Forderung ist klar: hier: Aufhebung der Isolationsfolter gegen Herbert!

Ansonsten: Aufhebung jeglicher Sonderbehandlung, gleich gegen welche(n) Gefangene(n)!"

§ 88 a IN AKTION: BÜCHER BRECHEN DEN LANDFRIEDEN

HELMSTEDT 8. Juni *Pressemitteilung:*

„Am Mittwoch, dem 8. Juni, beschlagnahmten Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Kriminalpolizei ca. 40 Buchtitel des Oberbaum-Verlages in einer Gesamtzahl von mindestens 360 Büchern, die in einem LKW aus Westberlin über Helmstedt transportiert wurden. Die Beamten durchwühlten den LKW, öffneten Aktentaschen, private Briefe, Buchführungsmaterial und nahmen die Fahrer fest. In der Beschlagnahme-Anordnung heißt es:

„Die Beschuldigten (die Fahrer!) reisten mit dem LKW am 8. 6. 1977 gegen 13.30 Uhr aus Berlin kommend in die Bundesrepublik Deutschland ein. Die Druckerzeugnisse haben größtenteils linksextremistischen Inhalt. ... Hieraus ergibt sich der Verdacht, daß die von den Beschuldigten beförderten Schriftstücke zum Landfriedensbruch im Sinne des § 125 a StGB auffordern. Da die Beschuldigten diese Schriftstücke vorrätig hielten, besteht gegen sie der Verdacht auf Straftat gemäß § 88 a, 125 a, 126 StGB. ... Gemäß § 94 StPO ist die Beschlagnahme anzuordnen. Amtsgericht Helmstedt, Elshoff, Richter"

Beschlagnahmt wurden neben Privatbriefen und Buchführungsmaterial unter anderem folgende Bücher:

– Nils Holmberg: Friedliche Konterrevolution (ein Buch über die Entartung der Sowjetunion),
– Charles Bettelheim: Klassenkämpfe in der UdSSR,

- Franz Mehring: Schriften über Deutschland,
- Polemik über die Generallinie, Dokumente der KP Chinas gegen die Politik der KPdSU zwischen 1956 und 1963,
- Scharrer: Vaterlandslose Gesellen (ein Buch über die Anti-Kriegs-Opposition 1914),
- Biographie von Joris Ivens (Filmregisseur) von Klaus Kreimeier,
- Barfüssige Ärztin (über Aspekte des Gesundheitswesens in der VR Chrina,
- Peter Meyns: Tanzania, Modell eines Entwicklungslandes.

Wir protestieren aufs schärfste gegen diese Beschlagnahme, die an die Praktiken aus der dunkelsten Periode deutscher Geschichte erinnert und mit denen des Honecker-Regimes in der DDR verglichen werden muß. ... Besonders die Tatsache, daß prominente Autoren des westeuropäischen Auslandes von diesem Willkürakt betroffen sind, wird einmal mehr dem westeuropäischen Ausland demonstrieren, was von den Erklärungen der Bundesregierung über die „demokratische Republik BRD" zu halten ist. Wir fordern die sofortige Auslieferung des beschlagnahmten Materials."

Nils Holmberg (Schriftsteller, Göteborg/Schweden), Dr. Klaus Kreimeier (Filmjournalist), Dr. Peter Meyns (Institut für Dritte-Welt-Studien), Alexander von Plato (Lektor), Dr. R. Wagner (Redakteur der Zeitschrift „Befreiung"), W. Bergmann (Neue Welt-Film, Bild und Ton GmbH), Brita Lax (Verlag Internationale Solidarität), Prof Dr. G. Bauer (FU Berlin), Jan Stolpe (Stockholm/Schweden), Michael König (Schauspieler), Prof. Dr. G. Schneider (Uni Frankfurt), W. Schwiedrzik (Verlag Rote Fahne), Wolfgang Kolneder (Dramaturg)

2. ARBEITSKONFERENZ IN SACHEN RUSSEL–TRIBUNAL

Frankfurt 9. Juni

Bereits am 26./27. März hatte eine Arbeitskonferenz von Anti-Repressionsgruppen (Initiativen, Komitees) aus der ganzen BRD stattgefunden, um über ein Russel-Tribunal über politische Unterdrückung hierzulande zu beraten. Inzwischen haben eine Reihe weiterer Gruppen ihre Unterstützung für dieses Projekt erklärt (GEW Westberlin, Jungdemokraten, Falken, Humanistische Union), so daß in dieser Hinsicht eigentlich alles bestens steht. Auf der anderen Seite wird jetzt zunehmend die Diskussion um Untersuchungsgegenstände und Themenbereiche des Tribunals geführt. Die Diskussion ist vor allem um einen Brief der Russel-Foundation vom April erbrannt, wo das Tribunal als "Tribunal über die Berufsverbote" angekündigt wurde.
Gerade die Gruppen der Arbeitskonferenz haben gegen diese Einschränkung protestiert, aber auch Erich Fried (London), Han Wielek (Amsterdam), Jean-Pierre Vigier (Paris) u.a.

Nun hat die Russel-Foundation Verhandlungen mit einem ziemlich kleinen Kreis von Gruppen (vor allem mit dem Westberliner Aktionskomitee gegen Berufsverbote/FU/AkFU) über weitere Vorbereitungen geführt. Herausgekommen ist dabei die Bildung eines 5-köpfigen Sekretariats, das in Westberlin arbeiten soll. Die anderen Gruppen sollen ihre Materialien an dieses Sekretariat schicken, außerdem Öffentlichkeitsarbeit machen und Geld sammeln. Das Tribunal soll umbenannt werden in: "Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD", d.h., daß nur solche Fälle von Repression behandelt werden sollen, bei denen ein Verstoß gegen die Menschenrechte (Charta der Vereinten Nationen) direkt nachweisbar ist. Seltsamerweise soll das bedeuten, daß z.B. die Repression gegen Frauen nicht behandelt wird. Auch die Beziehungen der BRD zu anderen Staaten (Export des "Modell Deutschland") sollen unter den Tisch fallen; die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB bleibt unklar. Die "Jury" soll Ende September ber/Anfang Oktober zum ersten Mal zusammentreten und das Tribunal bei dieser Gelegenheit endgültig vorstellen (diese Informationen wurden vom AK/FU auf der Sitzung des Westberliner Unterstützungskomitees vom 7.6. gegeben).
Zu den Vorverhandlungen im kleinen Kreis, die zu diesen Absprachen mit der Russel-Foundation geführt haben, meint die Westberliner ESG (die dabei war und ein Protokoll davon angefertigt hat), sie seien "etwas enttäuscht", da man versucht habe, die ESG "als Aushängeschild mit in die Gruppenschwierigkeiten hineinzuziehen". Sie beklagen sich auch über das "Schnellverfahren" in Bezug auf Ort und Besetzung des Sekretariats, das vom vom AK/FU gewählt wurde.
Das AK/FU beruft sich bei dieser Vorgehensweise, die im Widerspruch zur großen Mehrheit der westdeutschen Unterstützungsgruppen steht, darauf, das Sekretariat sei ohnehin nur der Foundation verantwortlich. Andererseits hat die Russel-Foundation mehrfach, auch schriftlich, zugesichert, a l l e Materialien könnten dem Tribunal vorgelegt werden, und nur die "Jury" selber werde letztlich eine Auswahl treffen. Deshalb verhält sich die Sache wohl so, daß hier eine Minderheit ihre Konzeption, die sie auf demokratischem Weg (Arbeitskonferenz, lokale Unterstützungskomitees usw.) nicht durchsetzen konnte, auf dem dem Weg von Einzelverhandlungen doch noch durchbringen will. Diese Gruppen (AK/FU, GIM, Teile des SB) versprechen zwar für ihre Vorstellungen eine besonders "breite Basis" des Tribunals, haben aber tatsächlich durch ihr Vorgehen die Mehrheit der bisherigen Unterstützer ausgeschaltet und die Gefahr heraufbeschworen, daß ein Teil der Gruppen dem Tribunal den Rücken kehrt.
Viele Gruppen sind verunsichert/verärgert und mißtrauisch geworden. Deshalb sind wir der Meinung, daß wieder eine *Arbeitskonferenz* durchgeführt werden sollte:
- um Klarheit in den Stand der Vorbereitungen, die verschiedenen Absprachen etc. zu bringen,
- um der Russel-Foundation, die anscheinend ziemlich einseitig informiert wurde, klar zu machen, daß wir mit der jetzt doch vorgenommenen Einschränkung der Thematik des Tribunals (wenn auch nicht allein auf Berufsverbote) nicht einverstanden sind.
- um über ein möglichst einheitliches weiteres Vorgehen zu beraten.

Zu dieser Arbeitskonferenz wollen wir auch die Leute und Gruppen aus den verschiedenen westeuropäischen Ländern einladen, die inzwischen für das Russel-Tribunal aktiv geworden sind, sowie die Russel-Foundation selber. Wir erwarten auch, dass das sog. Sekretariat sich dort der Diskussion mit den Gruppen stellt. Als Termin und Ort schlagen wir das Wochenende 25./26.6. in Göttingen vor. Der Asta Göttingen hat sich bereit erklärt, die Konferenz zu organisieren und geeignete Räumlichkeiten zu beschaffen. Bitte kommt mit ein bis zwei Delegierten pro Gruppe. Meldet eure Teilnahme an bei

ASTA Göttingen, Nikolaus Berger Weg 9, 34 Göttingen

Kommunistischer Bund
Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee
Informationsdienst

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

KITAS VON SCHLIESSUNG BEDROHT

FRANKFURT 15. Juni *Am 9. Juni hat die CDU-Stadtverordnetenfraktion einen Etatantrag verabschiedet, wonach das gesamte KITA-Projekt in Frankfurt beendet werden soll (ID 177). Denn nach Meinung der CDU „ist der Versuch durchgeführt worden und gescheitert". Im einzelnen hat die CDU folgende Pläne: Wenn möglich, sollen alle Kinder, d.h. Kindergarten- und Schul (Hort)-Kinder aus KITAS in umliegenden anderen städtischen oder kirchlichen Einrichtungen untergebracht werden. Wenn dies nicht möglich ist, sollen die KITAS in traditionelle Kindertagesstätten umgewandelt werden. Fachlich qualifiziertes Personal soll innerhalb der Stadtverwaltung weiterbeschäftigt, die übrigen sollen entlassen werden.*

Dazu die Stellungnahme der TATZELWURM – BÜRGERINITIATIVE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE zu den 'Vorstellungen' der CDU:

„Schon an dem formalen Vorgehen der CDU, die Abschaffung des KITA-Projektes als Etat-Antrag einzubringen, deutet darauf hin, daß inhaltliche Begründungen nicht geliefert werden sollen. So behauptet die CDU, das KITA-Projekt sei gescheitert. Inhaltlich hat sich die CDU nie mit dem KITA-Projekt auseinandergesetzt; ihre Entscheidung beruht lediglich auf der Ablehnung aller Erziehung, die auch nur ansatzweise von den Interessen der Betroffenen ausgeht. – Vielmehr sollen bestehende Bildungsprivilegien erhalten bleiben.

Ein Scheitern des Projektes könnte nur durch die Eltern der KITA-Kinder festgestellt werden, genau das Gegenteil ist der Fall: KITA-Eltern stehen mehrheitlich hinter dem Projekt und bestehen auf der Erziehung in der KITA und werden dies auch in Zukunft zum Ausdruck bringen.

Hier wird die Doppelzüngigkeit der CDU in ihrem Umgang mit dem Elternrecht deutlich: gibt es auch ein Elternrecht für Eltern, die nicht im CDU-nahen Hessischen Elternverein organisiert sind?

KITA-Eltern sollen in Kauf nehmen, daß ihre Kinder aus ihren zum Teil seit Jahren bestehenden Lebenszusammenhängen gerissen werden: aus ihren Spielgruppen, weg von ihren Betreuern und Freunden aus der vertrauten Umgebung. Das heißt auch, daß die Kinder wieder in eine andere Erziehungsform gezwungen werden sollen.
Die Hortkinder sollen nach den Plänen der CDU ihre Hausaufgaben in Zukunft wohl auf der Straße machen, denn Plätze gibt es für sie woanders nicht.

Auf die Straße gesetzt werden sollen auch die gesamten „nicht fachlich qualifizierten" Erzieher? Was versteht die CDU darunter überhaupt? Will sie auch in anderen Einrichtungen die „nicht fachlich qualifizierten" aussondern?
Denn das müßte die CDU tun, wenn es ihr wirklich auf die formale pädagogische Ausbildung ankäme, Betreuer ohne diese Ausbildung gibt es in den übrigen kommunalen Einrichtungen gleichviel wie in den KITAS circa 20%.

Es geht der CDU offensichtlich nicht um die Kinder, Eltern und Erzieher, weder im KITA-Projekt noch in anderen Einrichtungen, sondern lediglich um die Durchsetzung ihrer Ideologie und der Demonstration ihrer Macht.

Kontaktadresse: H. Theisinger, Baumertstr. 69, 6 Ffm. 61,
Tel.: 41 78 85
U. Kolb, Auf der Körnerwiese 9, 6 Ffm.,
Tel.: 59 71 588

Nächstes Treffen der Bürgerinitiative:
20.6.1977, 20 Uhr, KITA 111 im Rothschildpark

ABRECHNUNG MIT EINEM FILM

DARMSTADT
5. Juni

Kleine Erfolge sind auch Erfolge: Das Rex-Kino Darmstadt hatte den Film "EIN MANN RECHNET AB" vorangekündigt. Der Film zeigt eine absurd agierende Terroristengruppe, die, nachdem die Polizei mit rechtsstaatlichen Mitteln nichts ausrichtet, von einem wildgewordenen Familienvater systematisch abgeknallt wird. Der Mann geht straflos aus.
Am 5.6. fand der Kinobesitzer folgendes Plakat neutralgeschrieben und solide aufgeklebt auf seinem Schaukasten:
"Dieser Film bildet den vorläufigen Höhepunkt einer Serie von faschistoiden Filmen, die den Einzelnen zum Racheengel machen. Er unterscheidet sich von seinen Vorgängern durch seine offen politische Dimension. Wir sind nicht bereit, diese neue Stufe hinzunehmen. Da wir unterstellen, daß Sie den Film aus Profit- und nicht aus politischem Interesse zeigen, empfehlen wir Ihnen dringend zu überprüfen, ob diese Rechnung auch die Renovierung Ihres Kinos hergibt, andernfalls Setzen Sie den Film ab!"

Gab wohl nicht, denn DER FILM WURDE ABGESETZT.

FRAUENUMZUG DURCH DIE FRANKFURTER UNI

FRANKFURT 15. Juni Am Mittwoch, dem 8. Juni, machten wir (ca. 25 Frauen vom Uni-Frauenplenum) einen Frauenumzug durch die Frankfurter Universität. Das war das erste Mal, daß Frauen mit ihren Problemen offensiv an die Uni-Öffentlichkeit getreten sind. Schon lange vor dem Umzug hatten wir auf diesem Plenum festgestellt, daß wir frauen an der Universität subtilen Repressionen ausgesetzt sind, angefangen von sexistischen Begutachtungen durch Männer (olles Weib, Seminarmaus, Blaustrumpf) über uns aufgeszwungene Wissenschaftssprache in Seminaren zu Ignorieren der Frau in der Wissenschaft.
Wir stellten dabei fest, daß es nicht genügt, uns selbst über diese Probleme klarzuwerden, und beschlossen, aus der Frauenecke, in die Mann uns so gerne drängt, herauszugehen und die Uni-Öffentlichkeit mit unseren Problemen zu konfrontieren. Einige Probleme tauchten auf, als wir überlegten, in welcher Form wir unsere Schwierigkeiten publik machen sollten. Wir einigten uns auf die ironisch-überspitzte Darstellung der Vorurteile, die gegenüber uns Uni-Frauen bestehen.

Bunt bemalt und mit Bongo-Trommeln ausgestattet machten wir uns in den einzelnen Hörsälen bemerkbar. Wir verteilten Flugblätter, in denen wir unsere Probleme dargestellt hatten und verlasen unsere 'Richtigstellung' der Vorurteile:

1. **Wir sind die Radikalfeministinnen der Universität Frankfurt.**
2. **Wir sind alle frustriert, weil wir keine Männer abgekriegt haben. Deshalb lehnen wir Männer kategorisch ab.**
3. **Nachts kann man uns auf unseren Besen über den Campus fliegen sehen, wobei wir finstere Pläne zur Vernichtung der Männer schmieden.**
4. **Tagsüber sind wir harmlos, treffen uns bei Kaffee und Kuchen und stricken und häkeln dazu, oder sitzen als graue Mäuschen schweigend in den Seminaren . Aber das wird sich ändern!!!**

Währenddessen gingen einige Frauen durch den Hörsaal und verteilten 'Streicheleinheiten' an die Kommilitonen, was von diesen teils verlegen-irritiert, teils aggressiv aufgenommen wurde.

In allen Veranstaltungen, die wir aufsuchten, stellten wir fest, daß unsere Aktion widerwillig aufgenommen wurde. Dies äußerte sich sehr unterschiedlich. Einige der progressiven lin-

ken Professoren und Studenten versuchten unsere Kritik durch ein paar jovial freundliche Sätze abzubiegen und uns den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dies zeigte uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind, aber noch nicht radikal genug, um sie zu einer eindeutigen Stellungnahme zu bringen. Andere Männer versuchten, uns durch individuelle oder kollektive Äußerungen lächerlich zu machen (während wir das Uni-Frauenlied sangen, stimmten sie lautstark ein Gegenlied an), oder versuchten, uns mit körperlicher Gewalt aus dem Hörsaal zu drängen (u.a. griff ein Professor, nachdem es ihm nicht gelungen war, uns das Megafon zu entreißen und wir seinen mehrfachen Aufforderungen, den Saal zu verlassen, nicht Folge leisteten, nach dem Tafelstock und versuchte, auf die nächststehenden Frauen einzuschlagen). Nachdem der Professor völlig die Fassung verlor und mit dem Stock aufstampfend eine Art Indianertanz aufführte, wobei er „raus, raus, raus!" schrie, sahen wir, daß in diesem Seminar jede Diskussion sinnlos sein würde und verließen den Saal.

Die Frauen in den verschiedenen Veranstaltungen verhielten sich abwartend, irgendwie betroffen, aber nicht fähig, diese Betroffenheit innerhalb der Veranstaltung zu artikulieren.

Aus diesen Erfahrungen zogen wir den Schluß, daß ein Schwerpunkt unserer Arbeit darin liegen muß,noch mehr Frauen zu ermutigen, über unsere Schwierigkeiten an der Universität miteinander zu reden, die Uni-Öffentlichkeit weiterhin damit zu konfrontieren und dadurch eine Änderung zu erreichen.

Kontaktadresse: Frauenplenum, immer Do. 20 Uhr, Studentenhaus, oder
Frauenasta, Jügelstraße, 6 Frankfurt/Main

UNMITTELBARE STUDENTISCHE INTERESSENARTIKULATION WIRD ZUM KRIMINELLEN DELIKT

FRANKFURT 10.Juni

Bericht von Prozeßbeobachtern:

„Am 1.Juni 77 wurde in Frankfurt ein ehemaliges AStA-Mitglied wegen „Anstiftung zur Freiheitsberaubung" verurteilt. Dieses Urteil ist - wenn auch nicht außergewöhnlich - unserer Meinung nach in zweierlei Hinsicht wichtig:

1. Wegen der daraus erkennbaren Strategie, unmittelbare studentische Interessenvertretungen und AStA-Politik zu kriminalisieren.
2. Wegen der Taktik der Prozeßführung.

Zu den Hintergründen:

Als bekannt geworden war, daß die Universitätsleitung den Lehrauftrag der gerade aus fünfmonatiger U-Haft entlassenen Brigitte Heinrich (Verhaftung im Rahmen der ‚Aktion Winterreise' mit dem Vorwurf ‚kriminelle Vereinigung') nicht verlängert hatte, fand dazu am 16.4.75 eine studentische Vollversammlung statt. Die anwesenden Studenten beschlossen, sofort und gemeinsam in der gleichzeitig stattfindenden öffentlichen Konventssitzung eine Stellungnahme der Uni-Leitung zu fordern, die sich bis dahin noch in keiner Weise zum ‚Fall Brigitte Heinrich' verhalten hatte. Die Konventsmitglieder fühlten sich offensichtlich schon durch die bloße Anwesenheit von 800 - 1000 Studenten bedroht. Nach ‚Wahrheits'-findung des Gerichts hat sich Georg Dick während des Vortragens des VV-Beschlusses der ‚Anstiftung zur Freiheitsberaubung' schuldig gemacht, indem er angeblich dazu aufforderte, die Türen zu besetzen und niemand rauszulassen, bis die Uni-Leitung zum Thema Stellung genommen habe.

Die Absicht der Universitätsleitung, diese Form der unmittelbaren studentischen Interessenvertretung in diesem Fall und damit auch in allen folgenden zur kriminellen Handlung zu machen, geht aus dem der Anklageschrift zugrunde liegenden Bericht hervor: „ ...Es besteht der Verdacht, daß die in die Aula eingedrungenen Personen in bewußtem und gewollten Zusammenwirken sich der Nötigung, Freiheitsberaubung und Körperverletzung schuldig gemacht haben." Die Vorwürfe der gemeinschaftlich begangenen „Nötigung, Freiheitsberaubung und Körperverletzung" die alle an der Konventssprengung beteiligten Studenten betroffen und damit potentiell kriminalisiert hätte, ließ das Gericht nicht zu. So wurde stattdessen einer als ‚Rädelsführer' exemplarisch verurteilt.

Die beabsichtigten Effekte sind damit erreicht, nämlich

1. direktdemokratische Interessenartikulation durch die Verurteilung von Wortführern zu kriminalisieren.
2. Durch die Gewichtung der Zeugenaussagen (Beweismittel), d.h. das Zusammenspiel von Uni-Leitung und Justiz politische Macht zu demonstrieren und damit unbequeme studentische Aktivitäten einzuschüchtern.

Zum Prozeßverlauf:

Nach der Konventssprengung hatten die Uni-Angestellten Konventsmitglieder einen Bericht zusammengestellt, der der Anklageschrift zugrunde liegt und der mehrere Zeugen benennt. Zwei der anfangs genannten Belastungszeugen lassen sich später aus der Zeugenliste streichen. Der eine, weil er nicht mehr im Sinne der Anklage aussagen will, der andere aus taktischen Gründen. Statt ihrer werden zwei Zeugen benannt, die aber beide nichts Wesentliches aussagen können. Obwohl 11 Zeugenaussagen (z.T. auch Zeugen der Staatsanwaltschaft) vorlagen, die von „..nicht gehört" bis „...sicher sein", daß der besagte Satz nicht von dem Angeklagten stammt, lauteten, kam die Verurteilung zustande. Der Präsident und der Vizepräsident der Uni hatten als einzige klar behauptet, den Aufruf vom Angeklagten gehört zu haben. Durch Diffamierung des wichtigstens Entlastungszeugen, von Seiten des Staatsanwaltes Roth vorbereitet, wurde dieser Zeuge vom Gericht als unglaubwürdig bezeichnet.

Insgesamt galten dem Gericht bei der Wahrheitsfindung die mehr oder weniger klar entlastenden Aussagen von 11 Zeugen nichts gegen die Behauptungen eines Präsidenten und Vizepräsidenten. Womit deutlich ist, wie man als Universitätspräsident Recht behält und sich der Justiz bedient, um politische Ziele durchzusetzen. Ob die Urteilsbegründung mit der Anklageschrift identisch ist, ist noch nicht eindeutig festzustellen, jedenfalls lag sie fertig getippt vor und brauchte bei Prozeßende nur noch handschriftlich vervollständigt werden.

Für uns betroffene Zuhörer war die Verurteilung nach der liberalen und nahezu wohlmeinenden Prozeßführung des Richters Busse unerwartet, was aufzeigt, wie leicht wir uns immer noch (oder schon wieder?) vom Anschein der Menschlichkeit einlullen lassen.

Zwei weitere in nächster Zeit zu erwartende Prozesse (wegen Aktenverbrennung im Rahmen eines Go-ins im Kanzleramt und „Körperverletzung" durch die AStA-Vorsitzende) werden vermutlich in Form und Urteilsfindung diese Politik der Einschüchterung und Kriminalisierung der AStA-Politik weiterverfolgen. Wie in diesem Prozeß werden dazu wahrscheinlich Star-Zeugen wie der Leiter der Rechtsabteilung der Universität, Riehn, auftreten.

Spenden für die Geldstrafe und die Prozeßkosten in Höhe von etwa 3000,- DM:

Pflasterstrand-Konto ‚Linkshilfe' (Kennwort) W. Arth
Sonderkonto-Nr. 315091 - 600 PSchA Ffm.

DIE BASIS AN DER UNI MUCKT AUF

KIEL
14. Juni

Zur Situation an der Kieler Uni schickten uns Kieler Spontis diesen Bericht:

„Unser AStA hier in Kiel, der jetzt schon im dritten Semester von Jusos gestellt wird, ist paralysiert: er nimmt das allgemeinpolitische Mandat nicht mehr wahr, macht keine Vollversammlungen mehr, verschweigt jegliche VDS-Aktivitäten und informiert allgemein kaum noch. Über die Sache mit dem Buback-Nachruf und Göttingen wollte unser AStA kein Wort rausbringen, davon erfuhren die Kieler Studenten nur aus der hiesigen bürgerlichen Presse (Kieler Nachrichten). Von Solidarität mit den Göttingern oder so war schon gar keine Rede bei unsern Jusos.

Das aber brachte das Faß zum Überlaufen. Einige Spontis druckten in der Aufmachung eines AStA-Infos alle die von den Jusos in den letzten Monaten unterdrückten Nachrichten ab, mit Stellungnahmen der Jusos dazu, unter anderem den Buback-Nachruf und den Brief der Tübinger Theologen an Sonnenberg, aber auch VDS-Informationen, was übers Russell-Tribunal sowie Sachen aus den einzelnen Fachbereichen. Das wurde das dickste AStA-Info seit langem, und auch das beste seit langem, wie fast alle Studenten meinten; verteilt wurde es in einer Blitzaktion am 7. Juni überall. Von der ersten bis zur letzten Zeile enthält das Ding, das hier nun schon auf dem Schwarzmarkt gehandelt wird, nur authentisches Material, nur Original-Juso-Aussagen und -Standpunkte bis hin zu den Comics, alles allerdings in etwas verdeutlichender Schärfe und in herzlicher Offenheit. Reaktionen von verschiedenen Seiten: Begeisterung der Studenten; das Uni-Präsidium stellt sich schützend vor die Jusos („offensichtliche Fälschung kommunistischer Gruppen"); die bürgerliche Presse ist erregt (Nachforschungen bei Präsidium und Justizministerium); die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen das „AStA-Info 888" und seine Verfasser („Verunglimpfung Toter und Beleidigung"); und die Jusos? Die sind total hektisch, stellen überall eigene Nachforschungen an und äußern sich zwei Tage später in „Ihrem" AStA-Info so:„ ie Ratten werfen mit Dreck aus den Löchern, ohne selbst, lichtscheu wie sie sind, an die Öffentlichkeit zu treten!"

Die Verfasser seien Lügner, denn fast alle Aktionen des AStA seien falsch dargestellt (sie gehen allerdings mit keinem Wort auf die einzelnen Vorwürfe irgendwie inhaltlich ein). Solche Aktionen entzögen der verfaßten Studentenschaft die Basis, verwirrten die Studenten; die ohnehin schon schlechte Lage der Studentenbewegung werde dadurch in ein Chaos getrieben. Die Verfasser seien zu feige, ihre Namen zu nennen (wozu auch, für die Staatsanwaltschaft vielleicht?) und sollten deshalb in ihrem Nebel bleiben, wo sie hingehörten. Sie seien überhaupt Schlammschmeißer!

Herzlichen Glückwunsch, ihr aufrechten Juso-Kämpfer! Eure Kieler Spontis!"

PROTEST GEGEN LEHRSTELLENMANGEL JETZT ERMITTELT DIE POLIZEI

HAMBURG
14. Juni

Am 7. Mai 1977 radelte Peter Richter, Lehrer an der Fridtjof-Nansen-Schule mit 26 Schülern und 2 begleitenden Lehrern zur Neuen City Altona. Der Grund: Trotz monatelanger Bemühungen hatten von den rund 85 Schulabgängern der Haupt- und Realschule 24 keine Lehrstelle gefunden. ("Altonaer-Nachrichten", "Bild", "Morgenpost" und das "Elbe-Wochenblatt" berichteten darüber). Mit Plakaten, die sich die Schüler umgehängt hatten ("Suche Ausbildungsplatz im kaufmännischen, im Elektro-Bereich usw.), machten die Schüler auf ihre Situation aufmerksam. In Gesprächen mit der Bevölkerung stellten sie ihre bisherigen Bemühungen dar, so z.B. die Schülerin H. Carstens, die es auf den Rekord von 33 Bewerbungsschreiben und 7 Eignungstests brachte.

Der Pädagoge P. Richter hatte sich zu dieser Radtour entschlossen, um der schon vielerorts beklagten Resignation arbeitsloser Jugendlicher (Schülerin K. Seekamp:"Wir reden in der Schule nicht mehr groß über Absagen. Daß es nicht klappt, ist für uns das Normale geworden.") ein aktives Verhalten seiner Schüler entgegenzusetzen.

Bei einer vorherigen Absprache, die Herr Richter mit der Polizei traf, wurden Bedenken gegen diese Aktion nicht geäußert. Auch am Versammlungsort selbst, an dem sich Polizisten eingefunden hatten, war von einem Verbot oder besonderen Genehmigungspflicht nicht die Rede. 3 Wochen später erhielt Herr Richter eine Vorladung der Behörde für Inneres, die gegen ihn wegen "Vergehens gegen das Versammlungsgesetz" ermittelt. Strafrahmen: Geldstrafe oder Haftstrafe bis zu 2 Jahren. Angesichts von mindestens 2500 arbeitslosen Jugendlichen allein im Hamburg, der vom Senat verordneten Sparpolitik für die Schulen und der fehlenden Lehrstellen, soll hier bereits der Protest als gesetzwidrig verurteilt werden. Offensichtlich wird hierdurch nicht nur den Schülern der Mut genommen, das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen, sondern den Lehrern unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung ein Verhalten empfohlen, das darauf hinausläuft, sich mit den bestehenden Mißständen abzufinden.

In einer Resolution haben die Mitglieder des Lehrerkollegiums der Fridtjof-Nansen-Schule, der Betriebsgruppe der Schule, der Schulkreiskonferenz 22 der GEW, des Hauptseminars 77/X Einspruch erhoben dagegen, daß bei gemeinsamen Aktivitäten von Lehrern und Schülern gegen Arbeitslosigkeit und für eine qualifizierte Ausbildung mit der Einleitung eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens und einer Vorladung zur Anhörung reagiert wird.

Kontakt: Uwe Maeffert, 2102 Hamburg 93, Neuenfelderstr. 4

JETZT WIRD GESUNDGESCHRUMPFT
Massenentlassungen im Saarland

SAARBRÜCKEN
14. Juni

Im Saarland wütet die Arbeitslosigkeit. Das strukturschwächste Gebiet in der BRD mit seiner totalen Abhängigkeit von der Montanindustrie hat im Raum Neunkirchen eine Arbeitslosenquote von 12,5%, im Raum Saarbrücken-Völklingen von nahezu 10 % erreicht. Im Saarland arbeitet jeder zehnte Erwerbstätige in der eisenschaffenden Industrie. Die Konzentration ist dreimal so hoch wie im Ruhrgebiet.

Jetzt stehen im Neunkircher Eisenwerk 900 und in den Stahlhütten Saarbrücken-Burbach und Völklingen 1.500 Entlassungen an. Verursacher: die Kapitalseigner der Stahlwerke Röchling, die zum größten Teil der luxemburgischen Montangesellschaft ARBED gehört; und in Neunkirchen die Wolff-Gruppe (Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages) und die Erben des früheren Besitzers Stumm, mit einer Belegschaft von zusammen 21.000. Mitverschuldet von der saarländischen CDU-Regierung, die zwanzig Jahre lang bedingungslos mit dem Großkapital zusammengearbeitet hat. Versuche der CDU-Regierung, mit Subventionsmitteln aus Bonn die Folgen ihrer Mißwirtschaft zu korrigieren, sahen so aus:

1969 — sagte Verleger Georg von Holtzbrink beim Ankauf der „Saarbrücker Zeitung" der Regierung eine Druckerei mit 400 Arbeitsplätzen zu, auf die sie heute noch wartet.

Der Bendix-Konzern wollte 2.000 Arbeitsplätze schaffen. Er

brachte es auf 660 Arbeiter und schloß nach drei Jahren das Werk.

Siemens in Saarbrücken-Gersweiler sollte 1.500 Arbeitsplätze stellen. Die zur Zeit noch 700 Beschäftigten sehen mit Sorge auf ihre Arbeitsplätze.

Triumph stellte 1971 1.500 Näherinnen ein und kassierte vom Arbeitsamt 50 % der Nettolöhne als Einarbeitungszuschüsse. Als die Einarbeitungszeit vorüber war, wurden die 1.500 Frauen entlassen, der Betrieb geschlossen.

Die geplanten Rationalisierungs maßnahmen passen in diese Reihenfolge. Verstärkt wird die momentane Situation durch die Monopolstellung der Montanindustrie, die im Saarland die gesamte Politik diktiert. Der Grad der Panikstimmung wird daraus ersichtlich, daß sogar die Seelsorger von Saarbrücken-Burbach am 5. März beschlossen, eine Stellungnahme in allen Gottesdiensten zu verlesen, in der eindeutig gegen Kapital und Regierung und sogar gegen die sogenannte „soziale Marktwirtschaft" Stellung bezogen wird.

Betriebsrat und Gewerkschaft allerdings kuschen. Diese Haltung gipfelt in der Äußerung des Betriebsratsvorsitzenden von Röckling Völklingen: „Die Stimmung im Betrieb ist zufriedenstellend." Die Forderung nach einem Sozialplan ist das einzige, was von ihrer Seite zu hören war. Trotz allem hat am 30. April die Gewerschaftsbasis in einer 1. Mai-Kundgebung in Saarbrücken mit Kluncker den neuen FDP-Wirtschaftsminister Klumpp hinausgebuht. In den Betrieben brodelt es. Die Situation ist sehr gespannt. Man kann nur hoffen, daß der Druck der Belegschaft stärker wird und solidarisierend wirkt, damit es zum Streik kommt. Bedürfnis und Bereitschaft sind da.

INTERNATIONALES

„ICH BIN GEGEN DEN STATUS DES POLITISCHEN GEFANGENEN"

GESPRÄCH MIT EVA FOREST

MADRID 14.Juni *Nach zwei Jahren und acht Monaten Haft ist am 1.Juni die Schriftstellerin Eva Forest aus dem Madrider Frauengefängnis entlassen worden. Bedingung: sie muß sich alle zwei Wochen melden. Verhaftet worden war sie wegen angeblicher Beteiligung an zwei Aktionen: der Bombe gegen das Madrider Polizeihauptquartier ‚Puerta del Sol' und dem Attentat auf Staatspräsident Carrero Blanco (1973/74). Eva Forest ist bekannt geworden durch ihr Buch „Briefe aus dem Gefängnis", das bisher nur im Ausland erscheinen durfte. Nach ihrer Amnestierung sprach eine Reporterin der Madrider Morgenzeitung EL PAIS mit Eva Forest:*

„Für mich war der Knast eine Befreiung. Ich hatte zwar vorher nicht viele feste Prinzipien, aber der Knast zerbrach sie alle. Im Knast entdeckst du, daß diese Gesellschaft sehr ungerecht eingerichtet ist und daß wir alle Opfer dieser ungerechten Ordnung sind.

Es gibt z.B. keinen Unterschied zwischen politischen Gefangenen und ‚comunes' (sogenannte normale Gefangene) und du kommst dahin, unter der gemeinsamen Unterdrückung Solidarität mit allen zu fühlen. Mit ihnen die Unterdrückung zu fühlen. Zu erleben, wie wir alle marginalisiert (an den Rand gedrückt) sind und von daher damit anzufangen, dies zu erkennen, es aber nicht zu akzeptieren, sondern es auszudrücken.

Ich wußte, daß es passieren könnte, aber es ist eine andere Sache, es zu erleben. Der Knast gibt dir die Möglichkeit, die Realität genau zu erkennen, wie sie alle Vorstellungen übersteigt. Warum ich die „Briefe aus dem Gefängnis" geschrieben habe? Um die Kommunikation mit meinen Kindern aufrechtzuerhalten. Und als dann die Frauen von ‚Editions de femmes (französischer Frauenverlag) baten, die Briefe als Solidaritätsbeweis zu veröffentlichen, habe ich ja gesagt.

Aber — wie ich dir schon sagte — der Knast hat alle meine früheren Prinzipien zerbrochen. Deshalb würde ich jetzt gern zu einigen Briefen Gegen-Briefe schreiben, eine Art Selbstkritik zum Inhalt von einigen, z.B. zu dem, was ich über Drogen geschrieben habe. (Anmerkung: die sie scharf verurteilt hatte.) Weil ich mich zum ersten Mal unter Drogensüchtigen befand und in einer sehr üblen Lage war.
Was ich gegenüber der drohenden Todesstrafe fühlte?
Ich war überrascht, daß ich gegenüber dem Feind mich behauptete, wuchs. Der Grund dafür war einfach die riesige Solidarität, die ich von außen erfuhr. Ohne sie wäre ich verzweifelt.

Das Schlimmste war die Ohnmacht. Zu erleben, wie in Spanien viele Dinge passieren, ohne daran mitwirken zu können. Den Tag zu erleben, als die Genossen ermordet wurden. (Anm.: fünf Anwälte in Madrid von Faschisten erschossen). Wie sich die Ohnmacht in entsetzliche Kopfschmerzen verwandelte. Und nichts tun zu können.

Im Knast lebten wir zusammen, Leute verschiedener Herkunft, mit verschiedenen Lebensvorstellungen. Und man merkt, daß Etikette nichts nützen. Oft habe ich mich den ‚comunes' besser gefühlt, als mit politischen Gefangenen. Ich bin absolut gegen den Status des politischen Gefangenen. Ich glaube, die Probleme sind bei allen da. Sicher hatte ich Kritik und Differenzen mit vielen Leuten. Aber darüber will ich jetzt nicht sprechen."

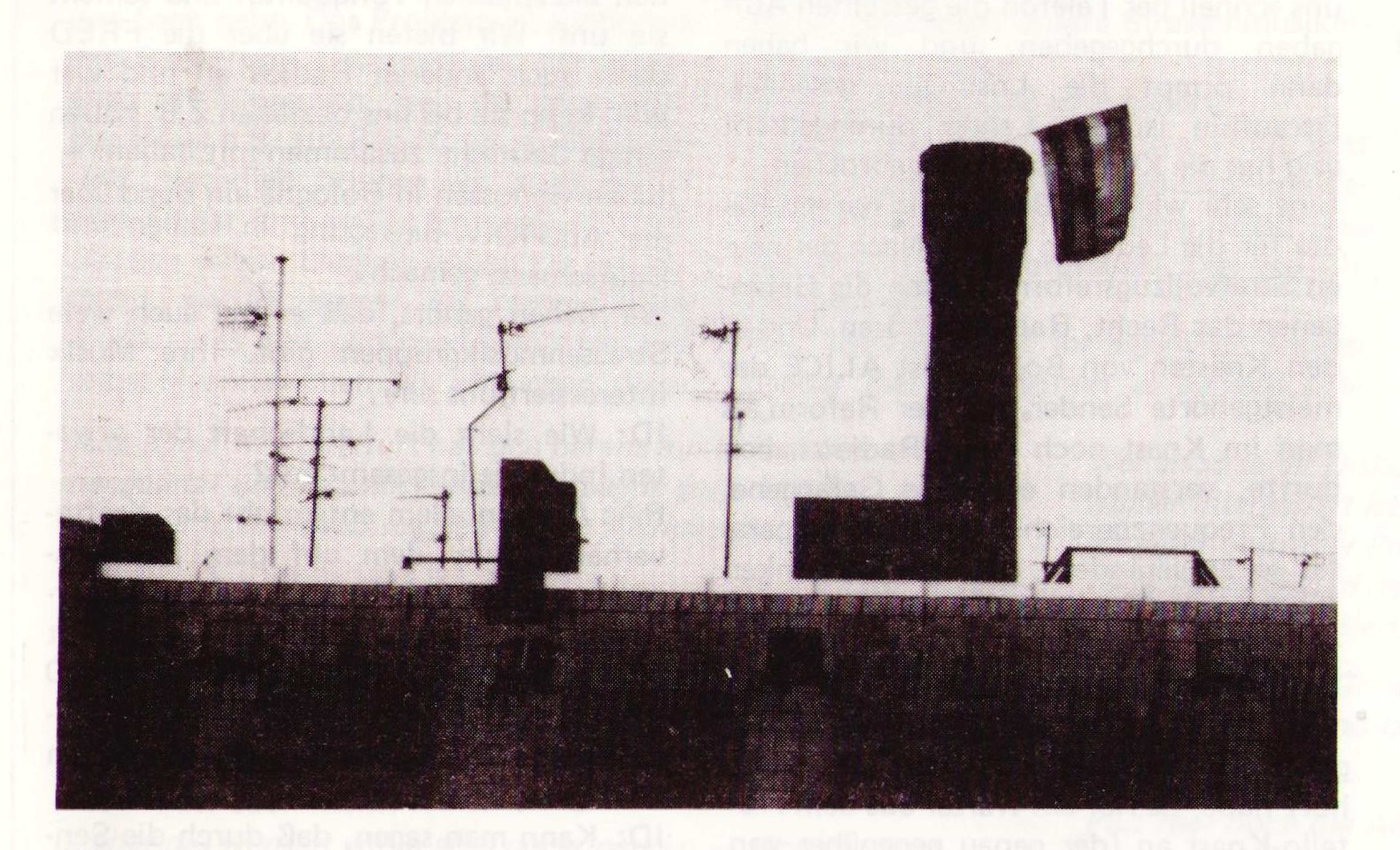
Auf einer Kundgebung in Guecho (Viskaya) sagt Eva Forest: „Das Volk von Euzkadi ist sehr oft allein gewesen, aber die Gefangenen sich auch allein, vor allem die nicht—baskischen." Sie betont die Notwendigkeit der Solidarität aller spanischen Staaten, denn nur so „beginnt man zu verstehen, was proletarischer Internationalismus ist."

LATEINAMERIKA-TAGE 1977 IN KÖLN

KÖLN 14. Juni Der gemeinnützige Verein Kinderhilfe Lateinamerika e. V. wird in den Tagen vom 16. bis zum 25. Juni 1977 mit Vertretern von Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen sowie zahlreichen Künstlern+ die „Lateinamerika-Tage" in Köln veranstalten. Diese Veranstaltungsreihe ist ein Versuch, die Realität in Lateinamerika auf vielfältige Weise — durch Filme, Konzerte, Berichte von Lateinamerikanern, die durchweg im Exil leben — bekanntzumachen. Nicht der folkloristische Aspekt, das Lateinamerika der Ferienreisen und des Karnevals, steht auf dem Programm — Lateinamerika als der „Kontinent der offenen Adern" (E. Galeano) stellt sich dar in zahlreichen Berichten über Menschenrechtsverletzungen, Unterernährung und wirtschaftlicher Abhängigkeit. Eine Blutspendeaktion wird vom 24. bis 26. Juni jeweils von 8.00 bis 12.00 Uhr in den Räumen des Gesundheitsamtes Köln zugunsten der Kinderhilfe Lateinamerika durchgeführt. + aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas

Kontakt: Kinderhilfe Lateinamerika e. V., Immermannstraße 52, 5000 Köln 41, Tel. 44 83 31

"WARUM MACHT IHR KEINEN SENDER HIER?"



Gespräch mit Genossen von Radio Alice aus Bologna

Seit dem 7. Februar 1976 existiert RADIO ALICE, einer von rund 150 demokratischen Sendern, die es inzwischen in Italien gibt. Im Gegensatz zu den übrigen linken Radios definiert sich ALICE jedoch nicht zu einer politischen Organisation, sondern ist das Medium der autonomen Bewegung in Bologna. Jetzt waren einige ALICE-Leute hier, und wir haben uns mit ihnen unterhalten.

ID: Wie sieht oder besser hört sich das Programm eines normalen Tages an und wer arbeitet daran mit?

RA: Ursprünglich hatten wir vor, daß sich verschiedene Ressorts wie Nachrichten, Frauenbewegung etc. bilden, aber das hat sich anders entwickelt. Das waren etwa 40 bis 50 Leute, die sich sonntags trafen. Aber in der Realität hatte es sich herausgestellt, daß alle im Grunde alles machen. Wir sind also jetzt ein offenes, d.h. nicht arbeitsteilig arbeitendes Kollektiv.

Am Anfang haben wir von 7 Uhr morgens bis Mitternacht gesendet. Über die Frage, wie wir das organisieren, gab es heiße Diskussionen. Die einen sagten: jeder, der mitarbeitet, soll bezahlt werden, deshalb brauchen wir Werbung. Die anderen waren prinzipiell gegen Werbung. Das erste Jahr über gab es nicht mal einen Plan, wer was wann macht. In manchen Momenten war das sehr schon, in anderen aber sehr übel.

Es gab Phasen, in denen die Redaktion mit Leuten voll war — und es gab Zeiten, wo niemand da war.

Das lag auch daran, daß es in der Anfangszeit einen großen kollektiven Enthusiasmus für das Radio unter den Leuten gab. Deshalb war auch die Sprache im Radio sehr spontan und sehr direkt. Die einzig fest geplante und organisierte Sache, die wir gemacht haben, war eine dreiviertelstündige Nachrichtensendung jeweils um 1 Uhr mittags.

Sonst kamen einfach Leute oder Kollektive, die irgendetwas machen wollten — z.B. über Musik, über Magie usw. — und haben ihre Sendungen — oft über Monate hinweg, beispielsweise 2x wöchentlich — gemacht, je nach dem, wie lange sie Lust hatten. Danach hat es dann jeweils einen spontanen Austausch gegeben. Insofern — und das ist ein positiver Aspekt — hat es nie eine Trennung zwischen einzelnen traditionellen Ressorts gegeben: Kultur für die Intellektuellen, Musik für die Jugendlichen und die Nachrichten für die Politisierten. Es gab einen kontinuierlichen Informationsfluß mit wechselnden Leuten.

Es blieb z.B. nicht nur bei einer Nachrichtensendung, sondern es wurden mehr, vor allem, Weil Leute bei uns anriefen und Nachrichten durchgaben

ID: Wo bezieht ihr die Nachrichten her?

RA: Normalerweise geben wir jedes ankommende Telefonat auf den Sender. So kommt es, daß wir einen breiten Informationsstrom aus der ganzen Stadt beziehen und daß wir das, was in der Stadt passiert, noch vor den bürgerlichen Zeitungen und den Nachrichtenagenturen verbreiten.

Z.B. als der Francesco Lorusso erschossen wurde, waren wir die ersten, die diese Nachricht — sofort — verbreitet haben. Und nach drei Stunden gab es eine Demo von 6000 Leuten. Das gibt eine Vorstellung, welche Funktion das Radio für die Mobilisierung haben kann.

Aber das gilt nur für die Stadt, für den lokalen Bereich. Die Nachrichten auf nationaler Ebene beziehen wir aus Zeitungen, vor allem aus LOTTA CONTINUA.

In der letzten Zeit haben wir begonnen, zwischen den demokratischen Radiosendern einen telefonischen Rundruf zu organisieren, in dem wir Informationen austauschen.

Zur Zeit planen wir, unter den demokratischen Sendern ein direktes Koordinationsnetz aufzubauen, daß über Kurzwelle senden wird.

Bei den direkten Telefonaten gibt es allerdings auch Probleme. Z.B. in den Tagen der Strassenschlachten gab es eine Reihe von Falschmeldungen, die per Telefon bei uns einkamen. So die Nachricht, daß es Arbeiterdemonstrationen in der Stadt gäbe: das hat nicht gestimmt. Das ist eine Sache, die häufig vorkommt. Normalerweise verfahren wir damit so: wie sagen: die und die Information haben wir bekommen, wir sind aber nicht sicher, ob sie stimmt.

Das ist auch der Grund, daß ALICE geschlossen wurde. Uns wurde „Aufruf zur Gewalt" und „Rädelsführerschaft" vorgeworfen.

ID: Sind eure Sendungen überwiegend „live" oder produziert ihr vorher Tonbänder?

RA: Am Anfang haben wir die meisten Beiträge vorproduziert, vor allem Interviews. Das wurde für uns allzu mystifiziert. Das hat den alten Mythos des Journalisten wieder neu aufgebaut. Die Rolle des Journalisten, der von außerhalb kommt und Fragen stellt und wieder weggeht — der also unbeteiligt ist. Deshalb haben wir bald damit aufgehört.

Jetzt machen wir nur noch Aufnahmen in Situationen, wo wir selbst drinstecken, beteiligt sind. In Versammlungen, in Schulen. Zu direkten Berichten aus Betrieben kommen wir dadurch, daß Genossen, die darin arbeiten, bei Demonstrationen oder Betriebsversammlungen Tonbandaufnahmen machen.

Oder die Arbeitergenossen kommen selbst zu uns und machen ihre eigenen Sendungen, berichten selbst. Auch Kollektive aus den umliegenden Fabriken und Betrieben benutzen den Sender. Sie verbreiten unter den Kollegen den Sendetermin und sorgen für, daß ihre Sendung gehört wird.

Die Kollegen rufen dann an, und so kommt es während der Sendung zu einer Diskussion. Ähnlich verfahren aucheinige Schülergruppen.

So wurden in der Anfangszeit die Sendungen hergestellt. Inzwischen aber — hauptsächlich wegen der Repression — machen weniger Leute mit. Viele Genossen von ALICE sind verhaftet worden. Die Leute haben jetzt Angst, mitzumachen. Ah, da fällt mir noch was zu den Telefonaten ein, was ich vorhin vergaß zu sagen: wir benutzen das Telefon nicht nur, um damit Informationen weiterzugeben, sondern wir rufen selbst auch Leute an. Wir machen z.B. provozierende Telefonate.

---

zum obigen foto : die antennen neben der fahne könnten antennen der empfänger von alternativen radiosendern sein - tatsächlich zeigt das bild einen ausschnitt der feuerwache kreuzberg - über den polizeiüberfall auf die wache siehe seite 4

So haben wir z.B. den Andreotti (Ministerpräsident) angerufen. Das war unheimlich toll. **Wir haben gesagt: Hier spricht Gianni Agnelli (Fiat-Boss). Die Situation hier in Turin ist unkontrollierbar. Die Arbeiter machen Demonstrationen und rufen: „Andreotti, du Idiot –die Arbeiterklasse zahlt sich nicht tot."**
Darauf Andreotti: Ich bin über die Lage nicht informiert, ich bin nicht informiert!
ALICE alias Agnelli: Aber Giulio, hier spricht Gianni, Gianni Agnelli ! Hier in Turin sind die Arbeiter druchgedreht. Sag mir, was ich tun soll.
Andreotti: Aber ich bin nicht auf dem laufdenden, ich bin nicht informiert.
Ich glaube, das hat die so gefuchst, daß sie ALICE deshalb geschlossen haben!
Gerade sind wir dabei, ein Buch zu veröffentlichen mit allen Telefonaten, die in den heißen Tagen des März hier ankamen. Aber damit sind wir wieder beim vorigen Problem, bei der Repression. Es gibt jetzt eine Gesetzvorlage, nach der alle Radios dann geschlossen werden sollen, wenn Unruhen in der Stadt vermutet werden. Das macht uns schon Sorge. Wir haben vor allem zwei Probleme zu lösen. Einmal ist jetzt – im Schichtdienst – immer ein zuverlässiger Genosse im Studio, um Provokationen zu verhindern. Zum anderen haben wir die Kommunikation mit anderen demokratischen Radiosendern durch einen Telefondienst verstärkt, um möglichst schnell auf nationaler Ebene informieren zu können, wenn was passiert ist. Das soll später auch mit dem geplanten Kurzwellensender gemacht werden.
ID: Wie finanziert ihr das Radio?
RA: Geld brauchen wir vor allem fürs Telefon und für die Miete unseres Studios. Die Kosten für die technischen Anlagen sind sehr niedrig. Denn es gibt viele Genossen, die sich in der Technik auskennen und die unsere Sendeanlagen zum großen Teil nachgebaut haben. Ein Problem haben wir mit den Musik/Platten-Gebühren, (Anm.: der GEMA hierzulande verwandt) die sehr hoch sind. Aber wir meinen – und haben das mit anderen demokratischen Sendern abgesprochen – daß die Musik der Gesellschaft gehört, aus der sie kommt. Deshalb bezahlen wir keine Gebühren. Zur Zeit verhandeln wir mit der Gebührenstelle.
Werbung machen wir kaum; und wenn, dann – koordiniert über die Vereinigung der demokratischen Sender (FRED) – nur für Verlage. In der Stadt, in Bologna, wo die werbetreibenden Unternehmen sitzen, will natürlich niemand einen Spot bei ALICE unterbringen, wegen Geschäftsschädigung. Deshalb haben wir überlegt, die Geschäfte zu erpressen: ihr bezahlt uns eine Summe, damit wir keine Werbung für euch machen.

Wir haben z. B. auch folgendes gemacht. In einer Hauptschule wurde eine Mathemathikarbeit geschrieben. Die Schüler haben durchgesetzt, daß sie während der Arbei Radio hören durften. Einer hat uns schnell per Telefon die gestellten Aufgaben durchgegeben, und wir haben dann prmpt die Lösungen gesendet. Daraufhin ist der Lehrer durchgedreht und hat die Klassenarbeit abgebrochen.
Eine sehr wichtige Bedeutung hat das Radio für die Leute im Knast. Nach der neuen Strafvollzugsreform haben die Gefangenen das Recht, Radio zu hören. Und in den Knästen von Bologna ist ALICE der meistgehörte Sender. Vor der Reform, als man im Knast noch keine Radios haben durfte, verstanden es einige Gefangene, den Frequenzbereich des Fernsehapparates so zu verändern, daß man den linken Radiosender der Stadt empfangen konnte.
Einmal, als ich eines nachts keine Lust mehr hatte, weiterzusenden – es war so gegen Mitternacht – und einfach aufgehört habe, da rief ein Wärter aus dem Pratello-Knast an (der genau gegenüber von ALICE liegt) und bat mich, weiterzusenden, weil die Gefangenen sonst Rabatz machen würden.
In manchen Knästen haben die Gefangenen die Möglichkeit, nach draußen zu telefonieren. Einmal hat ein Genosse, der im Knast in Rimini saß, bei uns im Studio angerufen und erzählt, wie's ihm ergangen ist. Das ist dann dort natürlich sofort unterbrochen worden.
ID: Gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Technik und Redaktion, und: wird jemand vom Kollektiv für die Arbeit beim Sender bezahlt ?
RA: Eine Arbeitsteilung existiert bei uns nicht. Auch alle Techniker sprechen über den Sender, machen Sendungen. Umgekehrt stimmt es leider nicht: nicht alle, die sprechen, verstehen auch die Technik. Einige Genossen z.B. haben die Sendeanlagen viermal nachgebaut, nachdem sie zerstört worden waren. Es wäre wichtig, eine alternative Ausbildung zu organisieren, damit alle die Technik beherrschen lernen. Bisher ist sie noch ein Monopol von wenigen. Eine Zeitlang hat einer für die Arbeit des Koordinierens 250 Mark pro Monat bekommen, aber das haben wir dann wieder aufgegeben. Aber ALICE ist in seiner Arbeitsweise eine Ausnahme unter den demokratischen Sendern. Die meisten, auch die linken Radiosender, arbeiten ganz traditionell: sie machen normale Nachrichtensendungen, Rubriken, arbeiten journalistisch in Ressorts. Nur RADIO CITTA FUTURA in Rom hat einiges von uns übernommen.
ID: Wäre das nicht eine Idee, daß auch wir hier Tonbänder oder Kassetten für euch bespielen mit Informationen über Deutschland und Musik von deutschen Gruppen. Am Beispiel Biermann könnte man seine Musik vorstellen und Informationen über die beiden deutschen Staaten vermitteln.
RA: Ja, das ist eine gute Idee. Ihr bespielt einfach eine Kassette in einer einigermaßen akzeptablen Tonqualität und schickt sie uns. Wir bieten sie über die FRED dann auch anderen Radios an und wer will, kann sie bei uns beziehen. Z.B. haben einige Deutsche zusammen mit italienischen Genossen in Bologna ein Band über die Anti-KKW-Bewegung in Italien und Deutschland gemacht.
Wir haben gehört, daß es bei euch viele Strassenmusikgruppen gibt. Ihre Musik interessiert uns sehr.
ID: Wie sieht die Landschaft der privaten Industrie insgesamt aus?
RA: Alles in allem entspricht das Kräfteverhältnis hier dem auf dem Zeitungsmarkt, dem Verhältnis zwischen bürgerlichen und linken Zeitungen. Insgesamt gibt es 900 private Radiosender, etwa 150 davon sind in der FRED zusammengeschlossen. Die übrigen gehören großen Verlegern, sind kommerziell.
ID: Kann man sagen, daß durch die Sender linke Zeitungen überflüssig geworden sind?
RA: Nein, auf keinen Fall. In Bologna wurden früher 600 Exemplare von LOTTA CONTINUA verkauft, heute sind es 1500, zum Beispiel. Hier in Bologna sind in den Monaten Februar/März dieses Jahres fünf/sechs neue Zeitungen entstanden, die jeweils von kleinen Gruppen von Genossen gemacht werden, die Lust hatten, eine Zeitung zu machen und sie dann in Auflagen von 600 militant verkauften. Auch „Á/travers o" ist so entstanden.

Das sind eben zwei völlig verschiedene Medien mit ihren verschiedenen Möglichkeiten. Im Radio kannst du dich sehr viel eher subjektiv einbringen, es ist näher und direkter dadurch, daß du deine Stimme übermitteln kannst. Du kannst z.B. Dialekt reden oder fluchen – wies dir in den Sinn kommt.
Aber wie gesagt – ALICE ist da eine Ausnahme, die anderen Sender arbeiten professioneller, mit Sprechern z.B.
Dadurch wird vieles gefiltert und die Unmittelbarkeit geht verloren.
ID: Gibt es Sendungen, die von Frauen gemacht werden ?
RA: RADIO ALICE wurde ausschließlich von Männern gegründet, einfach weil die Frauenpolitik sich von den Männern unterscheidet. Wir haben Frauenkollektiven Sendezeiten angeboten, aber sie haben das bislang immer abgelehnt. Das war wohl auch richtig so. Denn so wäre es eine institutionalisierte Frauenrubrik geworden. Zur Zeit passiert es ab und zu, daß Frauengruppen ein Go-in machen und sich das Mikrofon nehmen – eben wann sie wollen. Von unserer Seite wird das natürlich nicht verhindert.
ID: Wie ist das Verhältnis von Musik und gesprochenen Sendungen in eurem Programm?
RA: Es gibt gemischte Sendungen. Es gibt

auch Sendungen, in denen jemand eine Stunde lang redet, und den Hörern auf den Sack geht. Das Problem ist auch, daß das Radio von Genossen ist, die Musik aber oft bürgerlich, weil die Ansprüche der Hörer z.B. auf Pop-Musik ausgerichtet sind. Natürlich bringen wir auch politische Lieder und stellen Gruppen vor oder die sich selbst. Deshalb haben wir uns gedacht, warum immer nur kommerzielle Musik – es gibt genügend Genossen, die selbst Musik machen. Wir versuchen, diese Musik zu senden, indem wir Sessions gemacht und die aufgenommen haben. So ist. z.B. auch unsere Strassenmusikergruppe entstanden.
Und die Musik wird gern gehört.
Einmal, als ich zuhause krank im Bett lag, hab ich im ALICE angerufen, den Telefonhörer vor meine Gitarre gelegt und den Hörern was vorgespielt. Das war unheimlich toll.
RA: Warum macht ihr eigentlich keinen Sender hier? Ihr solltet es einfach probieren. Einfach anfangen. Eine große Öffentlichkeitskampagne in und mit den Medien machen. Wir glauben, daß sie Erfolg hätte, wenn juristische Vorwände angesichts der Meinungsfreiheit, die das Grundgesetz garantiert, nichtig gemacht werden.
Außerdem könnt ihr dann die Nachrichtenagentur, die wir über Kurzwelle planen, hier in Deutschland hören. Dann können wir auf internationaler Ebene Kontakte herstellen.

Gute IDee! In Frankfurt hat sich bereits ein Grüppchen zusammengesetzt und ist dabei, eine Kampagne vorzubereiten, um auch hier in der BRD lokale (!) freie Radiosender aufbauen zu können.
Denn: Warum soll das, was in den USA („unserem engsten Verbündeten), in Italien und vielleicht auch bald in Frankreich möglich ist, nicht auch bei uns möglich GEMACHT WERDEN?!
Außerdem gibt es ja noch so etwas wie den Artikel 5 des Grundgesetzes, die Helsinki Schlußakte und eine liberale Öffentlichkeit – oder auch nicht!
....aber das werden wir ja alles noch merken – nämlich dann, wenn wir solche Sender erst einmal machen.

Wer an so einer Diskussion, Initiative, Kampagne oder wie auch immer interessiert ist, soll sich mit seinen/ihren Ideen und Vorschlägen und/oder Problemen an den ID wenden. Auf dem nächsten Alternativzeitungstreffen in Berlin im September kann das ja auch diskutiert werden.

Die Frankfurter Gruppe jedenfalls trifft sich am Sonntag, dem 26. Juni, um 20.oo Uhr im Häuschen in der Kurfürstenstr. 16, Hinterhof.

PS.: Hier noch die Adresse von RADIO ALICE:

Via Pratello 41, 40122 BOLOGNA, Tel.: 0039–51–273459

LIP: WIEDERAUFNAHME DER PRODUKTION

BESANCON 2. Juni *Auf einer Vollversammlung am 25. Mai wurde einstimmig von den LIP-Arbeitern (LIP's) die Entscheidung getroffen, ab 31. Mai die Uhrenproduktion wiederaufzunehmen. Am Morgen des 31. Mai wurde dies auf einer erneuten Vollversammlung von 500 LIP-Arbeitern bestätigt, 30 Neinstimmen gab es. Ebenfalls wurde dem „neuen Projekt" (projet collectif) zugestimmt.*

Dies ist das Ergebnis einer Diskussion in der Fabrik, die seit Mitte Mai verstärkt geführt wurde: verschiedene Flugblätter gingen um und heftige Vollversammlungen fanden statt. Die Wiederaufnahme der Produktion ist zum ersten auf das Ende der „90%" (Arbeitslosengeld – 90% vom ursprünglichen Lohn Lohn) zurückzuführen, was für die ersten LIP-Arbeiter schon 13. Juni heißt: keine finanzielle Unterstützung mehr. Ein weiterer Grund ist die Notwendigkeit, die Behörden zu zwingen, die politische Blockierung, die sich einer industriellen Lösung entgegenstellt, aufzuheben. Charles Piaget, ein CFDT-Delegierter:„Lösungsvorschläge hat es gegeben, zahlreiche Kontakte im Bereich der Uhren- und Elektroindustrie sind aufgenommen worden, aber die Industriellen warten auf eine offizielle Geste der Behörden und es kam keine. Das ist eine politische Blockierung."

Nachdem die LIP's im vergangenen Jahr gezeigt hatten, daß es Möglichkeiten zur Wiederankurbelung der Produktion gab und in kleinen Gruppen Gegenstände herstellten, die mit der Uhrenproduktion nichts zu tun hatten (ID 152), worauf keine Antwort seitens der Behörden erfolgt war, entschieden sie sich nun zu entscheidenderen Aktionen überzugehen. Es wäre jedoch nur eine Neuauflage von 1973, wenn es nur darum ginge, Uhren herzustellen und sie zu verkaufen.

Das neue Projekt ist globaler und richtet sich gegen die Arbeitslosigkeit in dem ganzen Vorort Palente. 35 Arbeitskommissionen wurden bis jetzt eingerichtet, in die sich die LIP-Arbeiter seit dem 31. Mai eintragen können: Mikro-Mechanik und medizinische Geräte, Chômageopoly (ein Protest- und Gegenkulturspiel, chômage = Arbeitslosigkeit), Brandmalerei etc. Nur 40 Personen arbeiten in der Uhrmacherei. Man geht davon aus, keine große Uhrenfabrikation zu machen und bei einer Herstellungsquote von 90 Uhren täglich , die für 150 Francs pro Stück verkauft werden sollen, die Gehälter bis Mitte Oktober zu sichern. Die materiellen Bedingungen sind gegeben, man verfügt über genügend Einzelteile im geheimen Lager, das ja im Juli 1976 „in Sicherheit gebracht wurde". Drei neue Uhrenmodelle soll es geben: eins für Männer, eins für Frauen, die den „Kampf der LIP's" symbolisieren soll, sowie eine entsprechende Quarzuhr, die bisher sonst niemand herstellt. Vier Frauen haben eine „Friseur-Kommission" gebildet, ehemalige Friseusen, die seinerzeit in die Uhrenindustrie wechseln mußten. Weiterhin soll das LIP-Restaurant auf breiter Basis für die Arbeitslosen von Besancon geöffnet, sowie eine „Einkaufsgruppe" in Verbindung mit den Bauern gebildet werden, die „den Arbeitslosen erlaubt zu erwerben und zu sehen, daß kollektive Lösungen bestehen können."

Zwei Zeitungen, die an die Bevölkerung gerichtet sind, werden z.Zt. gedruckt: Eine Nummer von "LIP-Unite" und die zweite Nummer von „LIP-republicain" (Plagiat der lokalen Zeitung „L'Est Republicain"), wovon 50000 Exemplare verteilt werden sollen. Einer der Redakteure:„Als wir diese Nummer machten, kam uns der Gedanke, eine richtige Zeitung zu machen, wo wir über alles sprechen und nicht nur über unseren Kampf. Artikel wurden in journalistischer Art redigiert und wir haben Abstand zu unserem Kampf gewonnen."

Anläßlich der Tage der Offenen Tür am 18. und 19. Juni sollen die ersten Verkäufe in der Fabrik stattfinden. Daraufhin werden die Produkte der Arbeitskommissionen in einem „Laden" in der Fabrik weiterverkauft. Die ersten Gehälter sollen Mitte Juli ausgezahlt werden. Es gibt bis jetzt drei Vorschläge für die Lohnauszahlung: gleiche Bezahlung für alle, abgestufter Lohn oder ein festes Gehalt von 2200 Francs. Die Kriterien für die Lohnauszahlung wurden klar definiert, im Gegensatz zu 1973. In einem achtseitigen Dokument, verfaßt von der CFDT-Sektion und dem Kollektiv LIP, das Mitte Mai an die Belegschaft verteilt worden war und Maßnahmen für die die Zeit nach den „90%", sowie die Wiederaufnahme der politischen Initiative diskutiert, werden die „internen Fabrikbestimmungen" für die Wiederaufnahme der Produktion deutlich festgelegt. Dieses inzwischen von der Mehrheit der LIP's angenommene „Kollektiv-Projekt", wird von einigen als autoritär und hierarchisch kritisiert. Obwohl es in dem Text heißt, daß „man nicht durch Zwangmaßnahmen zu einer Kampfbereitschaft der Belegschaft, zum Sieg kommt", so sind die Bestimmungen zumindest sehr streng, wenn nicht

Abonnements ID–Nummer Exemplare

3

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nr. 182

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Montag*

autoritär. Für die Vollversammlungen wird präzisiert:„Alle LIP's müssen jeden Tag im hierfür vorgesehenen Büro, das von 8.30 bis 9.30 Uhr geöffnet ist, sich eintragen (die Listen werden um 9.30 Uhr geschlossen). Wir meinen, daß fünfmalige Abwesenheit im Monat eine mögliche maximale Grenze darstellt ... Darüberhinaus handelt es sich um fehlende Ernsthaftigkeit." zu den Demonstrationen heißt es:„Das Nichtteilnehmen an den Demonstrationen, die auf der Vollversammlung beschlossen werden, muß als eine Ablehnung, sich den Kampfzielen anzuschließen, gesehen werden." Das klingt schon etwa wie „Demonstriert, das ist ein Befehl". Ferner wird die Anwesenheit in den 35 Kommissionen überprüft und mit den Eintragungen in die Listen verglichen. Im Vorwort steht, daß diese Bestimmungen „eine Garantie dafür (sind), daß einige Nutznießer nicht die anderen ausbeuten", im Augenblick der Lohnauszahlung. Jedes Mitglied bei diesem Projekt sollte im Durchschnitt sich wenigstens 2 Stunden der Arbeit in den Kommissionen widmen, sowie der Stunde der Vollversammlung.

Sicherlich resultiert dieses Projekt aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres, wo es meistens so aussah, daß von den 745 arbeitslosen LIP-Arbeitern im Durchschnitt etwa 600 wöchentlich in der Fabrik erschienen. Das bedeutet zwar, daß nach etwas mehr als einem Jahr des Arbeitskampfes die Zersplitterung der Belegschaft auf ein Minimum reduziert blieb, trotzdem bestand ein deutliches Ungleichgewicht zwischen denen, die nur mal in der Fabrik vorbeischauten und jenen, die den Kampf trugen: Gewerkschafter, Aktivisten und andere.

Auf der anderen Seite kann man sich nicht mit Bestimmungen über den Rückgang der „internen Dynamik" in der Fabrik hiwegsetzen. Die Äußerung einer LIP-Arbeiterin:„Es gibt keine affektiven Bindungen mehr zwischen uns. Man geht in den Gängen nebeneinander her aber nichts passiert. Wenn man an das denkt, was es 1973 hier gab, flippt man aus.", zeigt wohl die Schwierigkeiten, einen jetzt schon 4 Jahre alten Kampf wieder neu zu beleben, in einer entscheidenden Situation.

Auch wenn einige LIP's dieses Projekt an Fabrikbestimmungen in einigen Ostblockstaaten erinnert, sie die Delegierten als neue Chefs einstufen, wird das Projekt allgemein als eine Notwendigkeit betrachtet. Die mehrheitliche Überlegung dazu:„Es stimmt, daß es Aspekte mit Zwangscharakter gibt, aber es ist nötig, daß die Sachen klar sind. Man muß wissen, wer kämpfen will und wer verzichtet. Vielleicht muß der Weg zum Sieg über diese Etappe gehen, wo man ein ungewöhnliches Autoritätsprinzip bei LIP findet." Und ein Mitglied des Kollektivs dazu:„1973 zahlten wir ohne Unterschied jeden aus, selbst die, die sich nicht am Kampf beteiligten. Diesmal haben die Leute sehr gegen die Nichtaktiven gewettert. Viele von denen, die seit Beginn des Konflikts in den Kommissionen sind, reagierten sehr heftig. Man mußte sie manchmal beruhigen, aber andererseits ist es auch nicht normal, daß 200 Leute arbeiten und kämpfen, um damit 750 zu bezahlen."

Auf formal-juristischer Ebene sieht es so aus, daß die LIP-Arbeiter am 1. Juni beim Revisionsgericht in Paris Berufung gegen die Entscheidung des Handelsgerichts vom 3. Mai 1976 die Firma LIP Bankrott zu erklären, eingelegt haben. Die LIP-Arbeiter hatten nicht aufgehört, gegen diese juristische Entscheidung zu protestieren. Indem sie über ihre Anwälte nachweisen wollen, daß die Akten seinerzeit nicht ausreichend w[illegible]ren, eine Bankrotterklärung zu rechtfertigen, hoffen sie, daß ein juristischer Sachwalter ernannt wird, der eine neue Untersuchung aufnimmt. Das Gericht wird am 15. Juni über die Zulässigkeit der Berufung und am 29. Juni über den Inhalt entscheiden.
(aus: Liberation, Paris)

